

55. Jahrgang

1-2022

€ 5,00

Grünan(k)lage

AMOS

erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet



Inhalt

Kolumnen

- 3 *Hermann Schulz*
Sternenkind
- 4 *Hans Hubbertz*
De captivitate babylonica

SCHWERPUNKT: Grünan(k)lage

- 5 *Robert Bosshard*
Emschergenossenschaft, aber sozial
- 6 *Roland Günter*
Deutscher Werkbund in Marl im Oktober 1959:
Anklage „Die große Landzerstörung“
- 7 *Gabriele Voss*
Erzählte Landschaften – aus Tagebuchnotizen zum
Filmprojekt Emscherskizzen, 2006–2015
- 8 *Wilhelm Neurohr*
Grünflächen im Revier verschwinden
im Sekundentakt
- 9 *Ulrich Höpke*
Greenwashing Naturschutz
- 10 *Peter Strege*
Grablege
- 11 *Ernst-W. Belter*
Rieselfelder und B 474n –
eine unendliche Geschichte
- 12 *Ulrich Grober*
Einfach losgehen.
Betrachtungen zu Rolf Behlerts Naturfotografie
- 13 *Norbert Pfänder*
Der Konsumwarenknast
- 14 *Rolf Euler*
Autob(w)ahn geht vor
- 15 *Peter Schmidt*
Den Jahnwald mit Stadion und Waldschule
in Marl retten – und dann ?

Editorial

Liebe *AMOS*-Lesende,

gerade nach Redaktionsschluss, das komplette Heft lag schon druckfertig im Layout vor, begann der Krieg gegen die Ukraine. Mit Zorn, Trauer und Empörung und voller Unterstützung der Friedensbewegung schicken wir trotzdem unser geplantes Thema heraus: das des „grünen“ Reviers und seiner Probleme.

„Alles so grün hier“ ist die Standard-Variante der touristischen Überraschung. *AMOS* schaut mal hinter die Büsche und Bäume. Da ist einerseits die Verlagerung des Ruhrgebiets an die Emscher und die Aufbereitung dieser ehemaligen Abwasserrinne zum Fluss, zur „Grünanlage“, nicht wie er mal war, sondern wie die Industriegeschichte ihn hinterlassen hat. Und da ist das Umfeld ohne Zweifel inzwischen grün geworden. Renaturierung ist ein Markenzeichen der Freizeitkultur.

Alles grün? Aber dann sind da die „Grünanlagen“: allgegenwärtige Versiegelungen in anderen Bereichen der Emscherzone, Baumfällungen für Autobahnen, Umwandlungen von Grün zu Bauland und Gewerbe. Abwässer werden verrohrt unter die Erde gelegt, Abfälle auf erneut zu erweiternden Halden für die Zukunft gebunkert. Unsere Autoren sind unterwegs auf verbreiterten Autobahnbaustellen, ehemaligen Bergbaustandorten mit riesigen Logistik-Hallen, in Resten von alten und neuen Wäldern, versiegelten Neubaugebieten.

„Geschützte Grünanlagen“ – und immer noch die Warnung:

- 16 *Hartmut Dreier*
„Natürliche Künstlichkeit“
auf dem Emscherkunstweg
- 17 *Helmut Niemeier*
Zentraldeponie Emscherbruch (ZDE) –
giftiger Stachel in unserem Fleisch
- 18 *Wilhelm Neurohr*
Von Glücksgefühlen und Fehlentwicklungen
im grünen Ruhrgebiet
- 19 *Marion Lillig*
neue Ampel – altes Elend
Nur heiße Luft oder doch noch Hoffnung?
- 20 *Jürgen Klute*
Verkehrswende – Beispiele aus Europa

Menschenorte 51

- 21 *Martin Stankowski*
Zeichensteller Jochen Stankowski

1wurf

- 22 *Au Loong-Yü*
Eine Orwellsche Stadt,
die bald einem Orwellschen Staat beitrifft

Palästina

- 23 *Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und
Palästinensern BIP e.V., 12.02.2022*
Israel ist ein Apartheid-Staat. – Untersuchungsbericht von Amnesty International ist ein Wendepunkt.

Impressum ...	Seite 14
Abo-Bestellschein ...	Seite 13
Lesetipps ...	Seiten 6, 13, 14, 23
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24

Bitte überweist alsbald das Abo laut beiliegender Rechnung (gerne darf es auch etwas mehr sein!).

„Reinfallgefahr“ an den abgesperrten Ufern. Die Warnungen des Werkbundes vor über 60 Jahren, die Geschichte der industriellen Ausbeutung und Inwertsetzung der Region werden in diesem Heft angesprochen. Da sind Erfahrungen des Umbaus aus anderen Städten ein Kontrapunkt, wir sorgen uns, dass „Greenwashing“ uns viele neue Entwicklungen schön reden soll.

Und weiter sorgen wir uns um die entgegen aller „Willkommens“-Sprache realisierten Zustände für Geflüchtete in den Einrichtungen. Die Mahnwachen in Revierstädten gehen weiter. Keine „geschützte Lage“ für viele Neuankömmlinge.

AMOS bleibt trotz Krieg und Corona hoffentlich mit Unterstützung unserer Leserinnen und Leser nicht nur an der Emscher weiter am Ball, hoffend, dass nicht nur an einigen Freitagen Futur stattfinden.

Zunehmend werden aktuelle Texte auf unserer Homepage veröffentlicht oder verlinkt: www.amos-zeitschrift.eu – Empfehlung mal reinzuschauen, auch um unser umfangreiches Heftarchiv finden zu können.

Redaktionsschluss dieses Heftes war Mitte Februar, für das nächste Heft (Themenaufriss: In Religionen gibt es ernst zu nehmende Strömungen für Kapitalismuskritik – gegen kapitalistischen Wachstumswahn.) ist er Mitte Mai 2022.

Eure *AMOS*-Redaktion

Hermann Schulz

Sternenkind

„Dass der Tod auch schön sein könnte, dass in all der Trauer auch eine beruhigende Klarheit und Schönheit liegen würde ...“

Im Herbst des vergangenen Jahres besuchte ich meine Verwandtschaft im Wendland, die Orte meiner eigenen Kindheit. Den Termin hatte ich mit meinem Freund Christoph Links aus Berlin abgesprochen, der mit seiner Frau Luise im Ort Zeetze Urlaub machte, wo auch Verwandte von mir leben. Christoph und ich trafen uns, fuhren durch die Dörfer und machten Halt in einem Ort namens Schwiepke, den ich aus meiner Kindheit kannte.

Dort lebt seit einigen Monaten die Tochter von Christoph, Josephine Links, mit ihren zwei kleinen Söhnen Kolja und Milan und ihrem Mann. Josephine kam uns mit einem Kinderwagen entgegen. Darin saß ein überaus waches einjähriges Bübchen namens Milan (genannt Milo). Ich hatte selten ein Kind mit so wachen Blicken erlebt, so als würde er diese komische Welt der Erwachsenen längst durchschaut haben ...

Josephine lud uns zu einem Kaffee in ihre Wohnung. Auf ihrem Schreibtisch lag ein erst halb geöffnetes Paket, dem entnahm Fine ein Exemplar ihres neuen Buches und schenkte es mir: „Stilles Herz. Über den Verlust meines Kindes und die Kraft, neu zu leben“

Vom Schicksal ihres ersten totgeborenen Kindes wusste ich wenig. Da ahnte ich noch nicht, dass ich mich auf ein ergreifendes Lese-Abenteuer einlassen würde. Was diese Autorin schreibt, weist über ihren eigenen Schmerz und den Verlust weit hinaus.

„Stilles Herz“ ist im besten Sinne ein Sachbuch, aber ebenso ein erstklassiges literarisches Werk. Die Autorin nimmt uns mit an ihren Berliner Arbeitsplatz, wo Flüchtlinge aus aller Welt betreut werden, mit denen sie arabisch, englisch oder französisch spricht. Gleich zu Beginn ihres Buches treffen wir auf eine Frau aus einem arabischen Land, die sich strikt weigert, über sich Auskunft zu geben; schweigend lebt sie in ihrem Zimmer, alle Versuche, etwas von ihr zu erfahren, scheitern – bis sie, kurz vor der Entscheidung, ihr eine andere Bleibe zu bieten, tot aufgefunden wird. Sie hinterlässt einen Brief:

„Ich gehe zu meiner Familie. Es gibt keinen anderen Ort für mich. Vielen Dank für Ihre Hilfe. Mein Körper wird von niemanden vermisst. Machen Sie sich damit keine Umstände. Gott schütze Sie, möge er mir eines Tages verzeihen. Samira. Syrische Staatsbürgerin“

Josephine Links schreibt auf mehreren Ebenen über den Abschied von ihrer Tochter Milla. Die intensivsten Erfahrungen begegnen der Mutter beim letzten Treffen mit dem Körper ihres Kindes; zwei Stunden starker Momente, die sie mit ihrer Mutter Barbara und ihrer Schwester an der Seite erlebt, „Stunden voller Schmerz und auch Freude“. Denn Clara (so



ihr Name im Buch) wird deutlich: „Ich bin jetzt eine Mutter! Der Wandlungsprozess der Natur ist machtvoll! Und es gibt einzelne Momente, in denen ich spüre, dass alles mit allem verbunden ist, dass Leben Wachstum bedeutet und wachsen wehtut. Und dass es irgendwie auf seltsame Weise gut ist, genauso, wie es ist.“ Und an anderer Stelle im Buch: „Ich wünschte dort zu sein, wo Du bist!“

Ich mag in diesem Artikel nicht alle bewegenden Zitate aufschreiben, die ich mir notiert habe. Da geht es um ihren letzten Abschied von ihrer Tochter auf der Überfahrt zu einer Insel und ihrer Stärke, das Leben neu zu beginnen. Ihr bleibt das Bewusstsein, dass Milla auf der Erde gewesen ist und in der Nähe ihrer Mutter bleibt. Und der des Vaters!

Am Abend, bevor ich diesen Text begonnen habe zu schreiben, sprach ich mit meinem Freund Peter Hohberger, dem Bildhauer, über mein Lese-Erlebnis und las ihm ein paar Zitate vor. Er hätte mir am liebsten das Buch aus den Händen gerissen und sprach von seiner gerade verstorbenen Frau Renate und ihren Verlust-Erfahrungen.

Es gibt keine Skala über starke oder weniger starke Verluste! Wir haben alle Verluste zu bewältigen, weil sie zum Leben gehören. Das zu begreifen, dazu kann dieses wunderbare kluge Buch von Josephine Links „Stilles Herz“ ein großartiger Wegweiser sein!

Hermann Schulz lebt als Autor von Kinder- und Erwachsenen-Geschichten in Wuppertal. Zuletzt erschienen: „Therese. Das Mädchen, das mit Krokodilen spielte“ (dtv-Reihe Hanser), bereits in 3. Auflage; neue Ausgabe von „Sonnenebel“ in der Bibliothek des Ruhrgebiets (Klartext-Verlag).

Josephine Links, *Stilles Herz. Über den Verlust meines Kindes und die Kraft, neu zu leben*, 2021 Weinheim, Beltz, 160 Seiten, ISBN: 978-3-407-86675-2

Hans Hubbertz

De captivitate babylonica

Als Martin Luther im Mittelalter den lukrativ erfolgreichen Ablasshandel der katholischen Kirche bekämpfte, war diese Auseinandersetzung eines der initialen Gründungsereignisse der evangelischen Kirche. In unseren Zeiten feiert das Geschäftsmodell des Ablasshandels fröhliche Urständ mit dem flexibelsten aller Medien, dem Geld, wie sich im Bankensektor und anderen Branchen beobachten lässt.

Bereits 1970 wurden der deutschen Hausfrau Lösungen für bedrückende Probleme angeboten: „... jetzt meldet sich ihr Gewissen; die Bademäntel nicht weich genug; die ganze Wäsche könnte auch weißer sein“ (<https://youtu.be/lyh9fb9mEKQ>). Abhilfe bot damals der Weichspüler Lenor, quasi als mentaler Prototyp für aktuelles Marketing.

Die mit staatlicher Hilfe über Wasser gehaltene Commerzbank, die jüngst erstmals nach langer Zeit wieder schwarze Zahlen schreiben durfte, wendet sich derzeit an ihre Kundinnen und Kunden mit einer aktualisierten Form des mittelalterlichen Bewusstseinsimperativs, um „Gutes“ zu tun: „Investieren Sie nicht in irgendetwas. Investieren Sie in Ihre Überzeugungen. Mit Motiv-Investing und 6 Themenfeldern ist das ganz einfach. Jetzt mit Fonds, ETFs und Aktien für die Geldanlage. Motiv-Investing kennenlernen.“ Angeboten werden die sexy Themenfelder Robotics, Cybersicherheit, Gesundheit, Nachhaltigkeit, Technologie, Konsumtrends – und voller Poesie heißt es dort: „Nachhaltigkeit. Geldanlage für eine bessere Umwelt – investieren und dabei Gutes tun. Der bewusste Umgang mit der Umwelt und unserer Erde ist nicht nur eine Gewissensfrage. Er eröffnet gleichzeitig viele interessante Möglichkeiten der Geldanlage. Denn die Bedeutung von Umweltbewusstsein und sozialem Engagement ist in unserer Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten stark gewachsen; [...]. Setzen Sie jetzt mit Ihrem „grünen Investment“ in unsere ausgewählten Wertpapiere auf eine nachhaltige Zukunft.“

Angeboten wird nichts weniger als die traumhafte Versöhnung von Ökologie und Ökonomie, um auf diesem Wege Überich-Probleme bei geplagten AbnehmerInnen bewältigen zu können.

Inzwischen haben alle seriös auftretenden Parteien den Klimaschutz entdeckt. Die Grünen konnten bei der letzten Bundestagswahl den arrivierten Volksparteien zeigen, wo der Hammer hängt. Nun gehört das vermögende Kundenklientel, das sich Klimaschutz leisten kann und will, zur primären Targetgroup des Marketings, das sich mit Gewissensfragen befasst, nicht nur bei der Commerzbank. Moralische Probleme werden auf dem Wege des Klimaschutzes explizit zum Gegenstand ökonomischen Kalküls.

Am 8. Januar diesen Jahres widmete sich die NZZ auf ihrer Meinungs- und Debattenseite mit skeptischem Unterton solchen Versuchen offensichtlichen Greenwashings. Unter der illusionslos formulierten Überschrift „Firmen können das Klima nicht retten“ wurden die hehren Firmencredos zum

Klimaschutz als unverkennbares Wunschdenken auseinander genommen.

Mittlerweile haben sich weltweit 2.000 Firmen der Science Based Target Initiative (SBTi) angeschlossen, mit der Erklärung ihre CO₂-Emissionen bis 2050 auf null zu senken. Um die Überprüfung der Einhaltung dieser Ziele kümmern sich der WWF und andere Umweltschutzverbände. Auffällig sei die ökonomisch begründete Legitimation dieser Ziele. Man käme im Kern Konsumentenwünschen nach, verschaffe sich damit Vorteile gegenüber der Konkurrenz, um positiv wahrgenommen zu werden, nähme die Klimaschutzinteressen seiner Beschäftigten sowie von Investoren auf und schütze sich vor der Bestrafung von Klimawandel durch die Regierungen. Dem NZZ-Autor Matthias Benz erscheinen einige dieser Argumente plausibel, dennoch lösen sich die Widersprüche nach seiner Ansicht nicht auf: „Wenn die Logik der Unternehmensführer die ganze Wahrheit wäre, müsste man sich um das Klima keine Sorgen mehr machen. Das Klimaproblem würde sich quasi von selbst lösen, weil die Unternehmen dieser Welt, angetrieben von Anspruchsgruppen, aus eigenem Interesse genug für das Klima täten. Doch das ist Wunschdenken. Der Klimaschutz stellt das Paradebeispiel eines globalen öffentlichen Guts dar, bei dem es unzählige Trittbrettfahrerprobleme gibt.“ Die Empfehlung des Autors geht in Richtung einer globalen Klimapolitik, auf die sich „die Politik“ wirksam und kostengünstig per Bepreisung von CO₂-Emissionen zu einigen hätte. Man muss kein Pessimist sein, um zu vermuten, dass auf diesem Wege unter der Bedingung konträrer Interessen der Big Player kaum Einigungen zu erwarten sind.

Bettet man die Debatte um Greenwashing und Klimaschutz mit Blick auf die OECD-Länder ein in die Fragen von gesättigten Absatzmärkten, wie bspw. besonders im Automobilbereich, so fügt sich die Politik des billigen Geldes (US-Notenbank & EZB) zu einem plausiblen Muster: Die neokeynesianische Geldschwemme ist darauf angewiesen, dass Investoren und Verbrauchern ihre Ausgaben schmackhaft gemacht werden, um überhaupt Umsätze und Gewinne realisieren zu können. Ohne märchenhafte Erzählungen von sauberer Energie und Mobilität hätte der Autovertrieb massive Probleme. Kundinnen und Kunden wollen moralisch sauber zu neuem Konsum umworben und verführt werden. Man wird den Verdacht nicht los, dass darin eine komplizenhafte Lösungsstrategie zum Vorschein kommt: Das gute Gewissen von Anbietern und Abnehmern dient dazu, die Probleme der „Überakkumulation“ zu lösen, in einer Art ‚Koalition der Billigen‘. Andernfalls drohte ökonomischer Stillstand, nicht nur auf Seiten saturierter Konsumenten. Dies wäre jedoch für alle fatal, da man sich per Zentralbank mit Verpflichtungen auf die Zukunft bereits auf den zwanghaften Pfad zu ewigem Wachstum festgelegt hat.

Dr. Hans Hubbertz, Pfarramt für gesellschaftliche Verantwortung in den Ev. Kirchenkreisen Gladbeck-Bottrop-Dorsten und Recklinghausen

Robert Bosshard

Emschergenossenschaft, aber sozial

In den Jahren vor 1870 bestimmten die Kriegsvorbereitungen gegen Frankreich die industrielle Entwicklung an der Emscher. Entlang des flachen Flusslaufs war die Köln-Mindener Eisenbahnlinie in Betrieb genommen. Ein heftiger Industrialisierungsschub begann sich des Emschertals zu bemächtigen.

Vor 1914 gab es schon wieder Frankreich als Kriegsziel. Der Bau des Rhein-Herne-Kanals entlang der Emscher war grad eben fertiggestellt. Das Rüstungsgeschäft mit Erz und Kohle provozierte eine wahre industrielle Revolution. Kaum zu bewältigende Wohnansprüche verdichteten den Ballungsraum.

In der Zeit vor 1939 geriet noch immer zunächst Frankreich in den Blick. Die Emscherzone protzte und klotzte mit Weltwirtschaftskraft. Gleichzeitig brach die Infrastruktur zusammen. Aus Not wurde entschieden: das saubere Wasser kommt aus der Ruhr – der Emscher ist das Schmutzwasser beizubringen.

In den Jahren vor 1989 wurde durch das internationale Verteidigungsbündnis NATO diesmal die multiregionale Sowjetunion als Kriegsgegner beschworen. Das Industrierevier profitierte wieder davon, denn der Kohle-Stahl-Verbund entlang der Emscher wurde nun hoch subventioniert als Energiereserve und als Schild des Wirtschaftswunders gegen jede sozialistische Versuchung.

Gegen Ende des Jahrtausends, jetzt Bestandteil einer Europäischen Union, wurde der Wohnstandort an der Emscher endlich vom Übergewicht der Schwerindustrie entlastet, und man wurde, nun geopolitisch in Randlage, als Siedlungsgebiet zu einer stinknormale Entwicklungszone – allerdings auf schwer vergiftet hinterlassenem Grund, der sich in Teilen wie ein von stinkenden Kloaken durchzogener Schrottplatz ausmachte.

Natürlich musste als Erstes die Kanalisation erneuert werden. Auch für einige Pflanzen wurde der zubetonierte Boden leicht umgegraben. Dazu kam der Anspruch, die durch den strukturellen Wandel gebeutelte Arbeiterschaft zur Anpassung an die Neuzeit respektvoll mit Um- und Ausbildungseinrichtungen zu stärken.

Was denn auch mittels Gründungen von verschulden Universitäten, der Sanierung altindustrieller Kunstmuseen und pompöser Technologie- und Einkaufszentren in Angriff genommen wurde ... also voll am sozioökonomischen Bedarf

der Emscherzone vorbei. Denn all dies diente primär der repräsentativen Rehabilitation des immer schon relativ reichen, dienstleistungsorientiert ausgelegten Handelswegs zwischen Duisburg und Unna, der Hellwegzone im Ruhrgebiet.



Aber da damit die Sanierung der Kanalisation im Norden nicht zu verhindern war und die Schuldner des Schlammessels, ohne eine Vermögenssteuer zu hinterlassen, sich aus dem Staub gemacht hatten, lag der ökologische Umbau nun allein in den Händen der Bewohner ohne Eigenkapital, finanziert durch Erhöhung der

Abwassergebühren oder mittels lokalkultureller Sparmaßnahmen. Dies gelang zwar, aber die Kommunen entlang der Emscher verarmten dadurch total. Sie zählen heute zu den Ärmsten ganz Deutschlands.

Der Emscherpark ist zwar jetzt schon zu einem Denkmal der vergangenen schwerindustriellen Epoche geworden. Aber wenn man von einer der Ruinen der Industriekultur aufs nahe Einkaufszentrum mit Blick auf die kunstvoll aufgehübschte Emscher hinüberschaut, so sollte diese Schau doch nicht davon ablenken, dass die Folgen der Flucht des Industriekapitals noch immer nicht aufgearbeitet sind und also den Bewohnern dieses Lebensraums der ihnen gestohlene kulturelle Wohlstand bis heute nicht kompensiert wurde, sondern sie damit völlig allein gelassen wurden.

Das hinterlassene Schlachtfeld der Schwerindustrie ist noch immer nicht dem heutigen kulturellen Standard entsprechend resozialisiert und bedarf also dringend einer ethischen Rehabilitation und basisdemokratischen Rekultivierung. Und zwar genauso tüftelig erarbeitet, wie die Renaturierung all der ganzen Kötterläche des Emschertals es erforderlich gemacht hatten. – Über den Umweg einer regressiven Gebietsreform, um jedem einzelnen Ortsteil zu neuer soziokultureller Autonomie zu verhelfen, wenn nötig, koordiniert und finanziert über eine gemeinnützige Einrichtung, vielleicht einer Emschergenossenschaft, jetzt aber sozial.

Robert Bosshard lebt in Oberhausen.

Roland Günter

Deutscher Werkbund in Marl im Oktober 1959:

Anklage „Die große Landzerstörung“

Zum bedeutendsten des Deutschen Werkbundes (DW) nach dem Zweiten Weltkrieg gehört, dass er als erster auf die große Landzerstörung aufmerksam gemacht hat. Er war damit Begründer der Natur- und Umweltbewegung, also schon in der damaligen Bundesrepublik Deutschland und vor dem Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“ (1972).

Auf der „Interbau 1957“ im Hansaviertel in Berlin-West war von Hans Schmitt-Rost (Köln) vorgeschlagen, das Thema Land-Zerstörung im DW zu erörtern. Dank des guten Kontakts von damaligen Werkbund-Protagonisten mit dem Marler Bürgermeister Rudi Heiland kam diese Jahres-Tagung des Werkbundes im Oktober 1959 in Marl zustande. Sein Motor vor, bei und nach dieser bedeutsamen Tagung war der Landschaftsplaner Walter Rossow, Professor in Berlin-W, und mit Hans Scharoun und Heinrich Mattern dort befreundet. Er war später an der TU Stuttgart. Walter Rossow ist in die Geschichte eingegangen; er inspirierte für Marl 1959 den Aufruf unter dem Titel: „Die Landschaft muß das Gesetz werden.“ Für Architektur, Stadtplanung und Landesgesetzgebung.

Nicht zufällig fand diese folgenreiche Tagung in Marl statt. Marl setzte in der Nachkriegszeit Marken in der Architektur und Stadtplanung, mit den Besten beriet sich Bürgermeister Heiland – Hans Scharoun, Hermann Mattern, Adolf Grimme, mit Bert Donnepp, Werner Hebebrand; Günter Marschall wurde Marls Stadtplaner.

Damals galt Natur und Land in der Landschaft und in der Stadt als „Restfläche“, die der Mensch bedenkenlos überbauen könnte mit Industrie- und Wohnanlagen und Straßen. Im Kontrast dazu „die Natur als Gesetz“ zu erklären war der Paukenschlag. Der Aufruf zu einer Art Revolution. Heute würde man sagen: die Natur als Grundgesetz, als Grundrecht – mit einem eigenen Grundrecht! Das war damals unerhört, damals im „Wirtschaftswunder“ der 1950er/1960er Jahre – und leider wie heute immer noch, zumal in der Gegenwart der niedrigen Zinsen und der privatisierten Bauwirtschaft mit ihren Großinvestoren, denen es nur um Profit geht. Die abwinkende Hand-Bewegung bei Politik und Verwaltung war damals und ist auch heute Standard, wenn Stichworte wie Natur, Wald, Bäume fallen. Natur und Natur-Land sind eben doch vermarktbar „Restfläche“! Immer weiter. Erneut. Ein Skandal.

Marl war damals in den 1950er und 1960er Jahren „die Beispielstadt des Ruhrgebiets“, von weither (bis aus Japan!) kamen Architekten, Planer hierher, junge Menschen, Studierende und Hochschullehrende. Und auch der Werkbund im Oktober 1959.

Walter Rossow: „... Grenzen künstlicher Art hindern uns, die Natur als Ganzes zu sehen. Das Land als Lieferant von Fläche, Wasser, Rohstoffen, Menschen – und nebenbei auch noch der Nahrung – wird bedenkenlos beansprucht, von allen und jedem, für alle Zwecke und bei steigenden Preisen. Hier geschieht auf das Ganze gesehen ein Kapitalverzehr, der im

bürgerlichen Leben jeden Betriebswirt zum sofortigen Rücktritt veranlassen würde. Die Vorstellung von der Unerschöpflichkeit ist tief eingewurzelt, und es wird eine große Aufgabe und eine ebenso große Mühe sein, diese erst einmal ins Wanken zu bringen...“

Diese Werkbundtagung prangert an: die akute Gefährdung der natürlichen Lebens-Grundlagen Erde, Wasser und Luft, die „Bodengierigkeit“ und „antibiologisches Verhalten“ mit den Auswirkungen auf Wasser-Haushalt, Vegetation, Tier-Welt, Kleinklima. Der Treibsatz für dieses Falsche: ein rein profitorientiertes Wachstum.

Weitere Referate bei der Marler Tagung: Karl Otto „Die Stadt“, Max Pfender „Die Technik“, Eugen Rosenstock-Huesy „Die Götter des Landes und der Götze Raum“, der Arzt Fudalla „Die Gegenwart als Patient“. Und eben im Mittelpunkt Walter Rossow: „Die Landschaft muß das Gesetz werden.“

Das Thema „Landzerstörung“ wirkt weiter über diesen Marler Kongress hinaus. Der Werkbund kümmert sich strategisch um das Thema. Einer der Großen auch im Werkbund, Prof. Heinrich Mattern – einflussreicher „Grün-Papst“ in Berlin-W, befreundet mit Hans Scharoun – veröffentlicht 1964 die Streitschrift: „Gras darf nicht mehr wachsen. 12 Kapitel über den Verbrauch der Landschaft“. Sehr aktuell – auch heute, denken wir an Schottergärten bis hin zur Waldvernichtung, sei es im Hambacher Forst, bei Autobahnbau oder bei Luxus-Wohnungsprojekten in Städten wie u.a. in Marls Jahnwald.

Roland Günter lebt mit seiner Frau Janne in Eisenheim bei Oberhausen. Denkmalpfleger, Prof. i.R., Berater von fast 200 Bürgerinitiativen, u.a. beim Erhalt der Scharounschule Marl. Seit 50 Jahren im Deutschen Werkbund aktiv, u.a. als Vorsitzender. Bereitet ein Buch über den einzigartigen Marler Bürgermeister Rudi Heiland vor. | Weiteres nachzulesen bei: Roland Günter; Der Deutsche Werkbund und seine Mitglieder. 1907 bis 2007. Essen: Klartext 2009, 823 Seiten

Lesetipp

Ingrid Krau

Corona und die Städte. Suche nach einer neuen Normalität

München 2021, Oekom Verlag, 120 S., ISBN: 978-3-96238-291-9

Ingrid Krau, Architektin und Stadtplanerin, mit Praxis im Ruhrgebiet und dann von 1993–2010 als Professorin an der Uni München, gelegentliche Autorin im AMOS, plädiert für eine neue Stadtplanung, die auf der Höhe der Zeit ist. Angesichts des Zusammentreffens von zahlreichen, unbeherrschbaren Krisen kritisiert sie „das Wachstumsparadigma aus epidemischer und zugleich klimaverantwortlicher Sicht“, die „Naturvergessenheit“ u.a.. Sie prognostiziert: „Den neuen Alltag kennzeichnet ein großes Improvisieren mit gehäuften Unvollkommenheiten.“ So schlicht klingende Positionen wie „Luft, Licht und Sonne“ (im 19. Jahrhundert propagiert im großstädtischen Elend) sind wieder notwendig. Ingrid Krau legt hier eine aufrüttelnde Streitschrift vor gegen den Mainstream in der kapitalistischen Stadtplanung hierzulande; wichtig auch für Bürgerinitiativen, in diesem AMOS berichten einige.



Hartmut Dreier

Gabriele Voss

Erzählte Landschaften

Auszüge aus Tagebuchnotizen zum Filmprojekt *Emscherskizzen*, 2006–2015

29.4.2007

Der Emscherumbau – dabei geht es um so etwas wie den ‚Bau der Chinesischen Mauer‘ im Ruhrgebiet. Niemals kann man das Bauwerk als Ganzes vor sich sehen, immer nur Stücke und in Stücken. Darin enthalten ist das Ende einer Epoche. Montage ist unabdingbar, um den Zusammenhang herzustellen.

Es geht um die filmische Begleitung eines gigantischen Bauprojekts, das Umgraben einer Landschaft auf mehr als 80 km Länge, die Renaturierung der Emscher mitsamt den Zuflüssen, die nach dem Umbau wieder zu Bächen werden sollen. In der Form sind wir frei, wir machen kürzere oder längere Stücke, oft spontan und improvisiert, begehen Landschaft und Orte, begegnen Menschen, die hier leben und arbeiten. Seit 30 Jahren wohne ich nun im Ruhrgebiet, verließ Hamburg, was manche in Staunen versetzte. Und bleibe, immer noch fasziniert von dieser Region. Vor unseren Augen geht ein Zeitalter zu Ende. Gigantische Industrieanlagen, wo einst Tausende von Menschen zur Arbeit gingen, stehen verlassen in einer zerzausten Landschaft und sind still geworden. Nicht alle – manche wurden zu neuen Kulturtempeln umgebaut.



14.8.2008

Dreharbeiten, teils mit dem Auto, teils mit dem Fahrrad. Zuerst die Baustelle ‚Neuer Emscherdurchlass‘ am Rhein-Herne-Kanal in Castrop, dann noch mal Zeche Ewald, Emscherbruch, Ewaldsee, Halde Hoheward. Das Ruhrgebiet verändert sich. Es kommt mir vor, als bekämen die Menschen jetzt etwas zurück für ihre jahrzehntelange Maloche: aufgewertete, umgestaltete, spannende Landschaften. Der Emscherbruch, ein geheimnisvolles Waldgebiet mit Stümpfen und Sumpfsen und vielen Wasservögeln. Die Seen schimmern entfernt zwischen hohen Bäumen, man kommt nicht dorthin, zu viel Sumpf. Eigenartige Vogelstimmen, ein Märchenwald, wie wir uns einen solchen Wald als Kinder vorstellten. Radfahrer, Jogger, Menschen mit Hunden, Spaziergänger, Frauen mit Kindern bewegen sich auf den aufgeschütteten Deichen zwischen der Bruchlandschaft. Früher war all dies unzugängliches Gelände, mit Stacheldraht eingezäunt. Der Ewaldsee war nur für die Bergwerksdirektoren zugänglich.

14.2.2009

Geschichten sind oft wie eine Kanalisierung des großen Lebensstromes. Man lässt sie nicht ausufern. Eher wird das

Leben in ein Kanalbett gelegt, manchmal mit betoniertem Flussbett und zahlreichen Spundwänden. Bessere Geschichten lassen Alt-Arme bestehen und Auen, in denen sich das über die Ufer tretende Leben ausbreiten kann. Könnte man Geschichten nicht auch denken als kleinere oder größere Gewässer, die sich wie eine Art Netz über weite Ebenen und in viele Richtungen ausbreiten und noch bevor wir die Geschichte zu Ende erzählt haben, hier und da und dort wieder versiegen?

1.12.2012

Warten – und sichtbar wird die Arbeit der Zeit. Das gilt für viele unserer Filme, zuletzt auch für die *Emscherskizzen*. Das Warten ist allerdings ein aktives Tun. Warten an bestimmten Orten. Warten während einer bestimmten Zeit. Warten dauert. Warten heißt bereit sein für das, was passiert.

16.3.2013

Ein Kurzausflug nach Lille in Frankreich. Präsentation der *Emscherskizzen* im Rahmen einer vom dortigen Goethe-Institut organisierten Reihe mit dem Titel ‚Cinéma et Architecture‘. Parallel dazu gibt es eine Ausstellung unter dem Titel ‚Territoires émergents‘ – aufblühende Landschaften. Die Zuschauer meistens Architekten und Landschaftsplaner, ein paar jüngere Leute darunter. Im Anschluss an die Vorführung ein lebhaftes Gespräch, das zunächst sehr inhaltlich geprägt verläuft. Es geht um Fragen und Probleme des Landschaftsumbaus. Wie viel Eingriff des Menschen ist nötig und gut? Was wird unter ‚Natur‘ verstanden? Wie findet man eine Balance zwischen den Belangen des Menschen und denen der Natur? Im informellen Teil geht es später dann auch um die Form der Filme. Die lange, ruhige Beobachtung wird gewürdigt, man sehe, wie die Menschen sich die Landschaft auf’s Neue aneignen und auch zu eigen machen. Jemand sagt, wenn man solche Filme früher zu sehen bekäme, würden manche Fehler gar nicht erst gemacht. Ein anderer bemerkt: viel Wichtiges geschehe doch im Kleinen und gerade nicht im Spektakulären. Darauf machten die Filme aufmerksam. Die Arbeit mit den Tönen wird hervorgehoben, welche zusätzlichen Räume sie eröffnen und dass die Filme wie eine Mahnung sind, die Landschaft nicht durch zu viel Planung und Aktivität zu überformen. Im Unterschied zu Frankreich, stellt dann jemand fest, hätten wir in Deutschland ein viel positiveres Verhältnis zu diesen Überresten der Vergangenheit. Südlich von Lille, in der Nähe von Lens und Béthune, befindet sich das ehemalige französische Bergbaugesamt. Wir sollten uns diese Gegend, wenn Zeit bleibt, unbedingt ansehen. Noch bevor man den Wert der Dinge und den Sinn ihres Erhalts erkannt habe, habe man dort schon ganz viel weggerissen.

Gabriele Voss und Christoph Hübner begleiteten den Emscher-Umbau 10 Jahre lang, von 2006 bis 2015, mit Kamera und Ton. Mehr als 60 kurze Dokumentarfilme sind dabei entstanden.

Die Tagebuchnotizen erschienen in längerer Fassung in: Christoph Hübner, Gabriele Voss: „Film / Arbeit“, hrsg. von Bert Rebhandl, Berlin 2014

Wilhelm Neurohr

Grünflächen im Revier verschwinden im Sekundentakt

Die globale und nationale Zielvorgabe, den dramatischen Landschaftsverbrauch für Siedlungs- und Verkehrszwecke endlich zu bremsen und bis 2030 (mit 10 Jahren Verspätung) zu halbieren und bis 2050 auf Null zu reduzieren durch Flächenkreislaufwirtschaft, sowie im Verhältnis von 3:1 die Innenbebauung gegenüber der Außenbebauung vorzuziehen, wird von der Regional- und Landesplanung in NRW und erst recht von den immer noch wachstumsorientierten Kommunen vor allem im Ruhrgebiet ignoriert, die um Einwohner und Flächen konkurrieren – ein irrationales Nullsummenspiel im Hin- und Herzerren von Flächen und Einwohnern zu Lasten der Landschaft. Auf deren Druck verfehlt der Regionalverband Ruhr in seinem neuen Regionalplan durch Ausweisung von 9.000 ha weiteren Gewerbe- und Wohnbauflächen überwiegend im grünen Freiraum alle Nachhaltigkeitsziele, trotz aller wohlfeil formulierten Flächenschutzziele im Textteil. Der grüne Regionalplaner des RVR wurde sogar gefeuert, weil er sich dagegen sträubte und wurde durch einen willfähigen Nachfolger ersetzt.

Insgesamt ist weiterhin in Deutschland und NRW (aber auch europaweit und weltweit) und nicht zuletzt im Ruhrgebiet und angrenzenden Münsterland der Landschaftsverbrauch für Siedlungszwecke dramatisch, obwohl es flächensparende Alternativen bevorzugt im Innenbereich der Städte gäbe – ohne die dortigen ökologisch wertvollen Grüninseln zu zerstören, wie derzeit in der Städtebaupolitik z. B. in Marl konfliktträchtig der Fall. Flächenschutz statt Flächenfraß für Siedlungszwecke ist aber für den Artenschutz unabdingbar. Der Bestseller-Autor Prof. Matthias Glaubeck von der Universität Hamburg („Das Ende der Evolution. Der Mensch und die Vernichtung der Arten“) beklagte jüngst im Tagesspiegel: Artenschutz sei genauso überlebenswichtig wie Klimaschutz, werde aber ignoriert. „Umwelt wird nur noch als Klima buchstabiert, dabei geht es auch um Flora und Fauna. Das biologische Analphabetentum der Politik bringt uns noch alle um.“

Zur Veranschaulichung der dramatischen Entwicklung hier ein paar Zahlen: Während der letzten 60 Jahre hat sich die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland mehr als verdoppelt; davon sind 50% vollständig versiegelt. Jeden Tag werden zwischen 60 und 120 ha Freiflächen, insbesondere wertvolle landwirtschaftliche Böden zugebaut, von denen 1 Mio. ha verschwunden sind, umgerechnet 8 qm pro Sekunde. Dadurch sind 35% der Tierarten und 26% der Pflanzenarten vom Aussterben bedroht. In Nordrhein-Westfalen, dem Flächenland mit der höchsten Bevölkerungsdichte in Deutschland, überdeckt die Siedlungs- und Verkehrsfläche mehr als ein Fünftel (23,6%) der gesamten Landesfläche.

NRW mit dem Ruhrgebiet ist Spitzenreiter beim Freiflächenverbrauch: Jeden Tag werden in NRW ca. 10–15 Hektar Boden (das sind bis zu 150.000 qm) in Siedlungs- und Verkehrsflächen umgewandelt, davon 25% allein im Regierungsbezirk Münster mit dem nördlichen Ruhrgebiet. Hier liegt der Siedlungsflächenverbrauch mit 14 qm pro Tag je 1.000 Ein-

wohner fast doppelt so hoch wie in NRW mit 8 qm pro Tag je 1.000 EW. Das seinerzeit angestrebte Reduktionsziel der Landesregierung NRW von 5 ha für 2020 ist damit völlig verfehlt worden, ganz zu schweigen von einem ehrgeizigen Ziel der Halbierung nunmehr bis 2030 und einem anzustrebenden Netto-Null-Verbrauch bis 2050 durch Flächenkreislaufwirtschaft. Täglich werden so immer noch Freiflächen in einer Größenordnung von 14 Fußballfeldern für Siedlungs- und Verkehrszwecke in Anspruch genommen, zuvorderst durch die Gemeinden! Die Ausbreitung der Siedlungsgebiete zerstört die Lebensräume von Tieren und Pflanzen in bedenklichem Ausmaß. Der Flächenverlust ist nicht kompensierbar.

Seit 2009 ist die Vegetationsfläche im Ruhrgebiet (RVR-Gebiet) um rund 20.000 ha zurückgegangen, während die Siedlungs- und Verkehrsfläche zugenommen hat. Insbesondere der Verlust an landwirtschaftlichen Flächen im Ruhrgebiet in einer Größenordnung von über 156 qkm (=15.630 ha) ist enorm; das waren allein zwischen 1994 und 2010 über 1.000 ha pro Jahr. In allen 53 Kommunen des Ruhrgebiets hat die Wohnbaufläche seit 2009 trotz Bevölkerungsrückgangs zugenommen. Zudem sind die Verkehrsflächen für den Straßenverkehr in 52 der 53 Kommunen der Metropole Ruhr am deutlichsten gewachsen. In der besonders verdichteten Emscher-Lippe-Region (nördliches Ruhrgebiet) mit ihren fast 400 qkm Siedlungsflächen (= fast 40% der Gesamtfläche) stieg der Flächenverbrauch in den zurückliegenden Jahren um fast 4% auf über 4.400 qm pro Tag (bzw. 4 qm pro Tag je 1.000 Einwohner).

Anspruch und Wirklichkeit des Freiflächenschutzes klaffen nirgendwo so weit auseinander wie im Ruhrgebiet. Und im Umland wird sogar der beliebte Erholungsraum für die 5 Mio. Revierbewohner, Haltern am See, als „Speckgürtel“ der Reviergroßstädte an den grünen Stadträndern immer mehr zersiedelt zugunsten ausgedehnter Einfamilienhaus-Siedlungen zu Höchstpreisen für Spitzenverdiener und Vermögende (mit Grundstückspreisen bis 800 €/qm)*. Das erinnert an das Kinderbuch „Eine schöne grüne Wiese“, bei der die Großstadtbewohner solange an den Stadtrand ins Grüne ziehen, bis es auch hier so aussieht wie in der Großstadt mitsamt Gewerbegebieten – und man zur nächsten Wiese weiter zieht wie die Heuschrecken nach dem Flächenfraß...

*Im März 2021 erschien eine 216-seitige „Flächenstudie“ des Autors beim IWIPo-Institut. Darin wird exemplarisch am Beispiel der Stadt Haltern am Nordrand des Reviers – beliebteste und teuerste Wohnstadt und Zuzugsgemeinde für die wohlhabenderen Ruhrgebietler – die Dramatik des Flächenverbrauchs mit wohnungspolitischen Alternativen aufgezeigt. (Kostenfrei erhältlich als pdf-Datei unter Wilhelm.Neurohr@web.de)

Wilhelm Neurohr (70) war über 40 Jahre als Stadt- und Regionalplaner bei der Kreisverwaltung Recklinghausen mit der Siedlungs- und Freiflächenentwicklung im nördlichen Ruhrgebiet befasst. 1975 begann er mit Inkrafttreten des Landschaftsgesetzes NRW auf der ersten Landschaftsplaner-Stelle mit der Begleitung des Freiflächenrahmenplanes für das nördliche Ruhrgebiet und des damaligen Landesentwicklungsplanes für den Freiflächenschutz.

Ulrich Häpke

Greenwashing Naturschutz

Bevor das nationalsozialistische Regime 1935 das Reichsnaturschutzgesetz erlassen hat, gab es Streit: Göring gegen Bernhard Rust, den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Überliefert ist das Telefonat von Göring: „Hören Sie mal, Herr Rust, wie ist das nun mit dem Naturschutz? Ich bin doch der Einzige, der richtig Naturschutz treibt ... ich habe doch den Wald und die Tiere, da passt der Naturschutz doch viel besser hinein ...“ Ein „Führererlass“ bestätigte Görings Coup: seitdem müssen sich die Minister für Bildung, aber auch für Ernährung und Landwirtschaft aus Naturschutzfragen heraushalten.

Einem „naturalistischen Mythos“ (Marcuse) folgend, wollte das NS-Regime die vermeintlich deutsche Natur als Quelle des angeblich deutschen Wesens erhalten (Schwenkel 1936). Dazu definierte das Reichsnaturschutzgesetz, dass es beim Naturschutz um „Natur“ geht – nicht aber um Resultate gesellschaftlich-technischer Prozesse. Ein bis heute weit verbreitetes „naturalistisches Missverständnis“ (Beck).

Was ist Natur? Eine uralte Frage der Philosophie – Gernot Böhme referiert Aristoteles aus dem 4. Jh. v.Chr.: „Natürlich Seiendes, sagt Aristoteles, habe das Prinzip seiner Bewegung in sich. ... Das technisch Seiende erhält dagegen seine Form, die Regeln seines Funktionierens vom Menschen und insbesondere bleibt es auf den Menschen angewiesen, wenn es reproduziert werden soll.“ Diesen Unterschied erklärt Aristoteles an einem Bett aus Weidenholz: wenn man dieses „vergräbt, dann wächst daraus nicht wieder ein Bett, sondern ein Weidenbaum.“

Natürlich sind Vögel Natur, sie bewegen und vermehren sich aus eigenem Antrieb, wie alle anderen Tiere und Pflanzen. Aber: sie können an einem bestimmten Ort nur leben, weil sie dort einen Lebensraum gefunden haben, der ihre Bedürfnisse erfüllt. Doch für die meisten Biotope gilt, dass sie nicht „natürlich“ sind. Es gibt weltweit kaum noch Naturlandschaften, sondern fast nur noch Kulturlandschaften, von Menschen genutzt und verändert – leider nicht nachhaltig, sondern zumeist zerstörerisch.

Für Mitteleuropa hat Hansjörg Küster die Geschichte der Landschaft aufgearbeitet. Das letzte Großereignis war die Eiszeit, die vor 18.000 Jahren endete. Danach setzte die „Sukzession“ ein, die natürliche Wiederbewaldung und Humusbildung, mit Wäldern von West- bis Osteuropa. Doch nach der „neolithischen Revolution“ wurden immer mehr Wälder ver-

nichtet, weil sie für den aus Vorderasien eingeführten Ackerbau gerodet werden mussten. Erst diese Landwirtschaft schuf die „Offenlandbiotope“, in denen sich Tiere und Pflanzen ansiedelten, auf die der Artenschutz heute abzielt.

Weil Wissen und Ressourcen fehlten, betrieb die Landwirtschaft bis zur industriellen Revolution Raubbau am Humus. Es wurde geackert und geerntet, bis die Erträge nachließen und der Humus erschöpft war. Als zeitweilige Brachen waren diese Felder ganz neue „Magerbiotope“, wo nur spezialisierte Pflanzen Fuß fassen konnten.

Damit auf Sandboden Roggenanbau möglich war, brauchte er Dünger: im Umfeld wurden „Plaggen“ abgestochen, in die Viehställe eingestreut und dann mit den Fäkalien gemischt auf die sandigen Äcker gebracht. Aber dort, wo die Plaggen gestochen wurden, verarmte der Boden, Heiden entstanden, der Sand wurde freigelegt, vom Winde verweht – Bodenerosion.

Indem Heiden und andere Magerbiotope unter Naturschutz gestellt werden, wird eine nicht nachhaltige Landnutzung geschützt – Naturschutz als Greenwashing. Pflegepläne, wie für die Westruper Heide bei Haltern, sehen vor, den früheren Raubbau am Humus fortzusetzen: den Boden abplaggen, manchmal sogar abbrennen und die natürliche Wiederbewaldung verhindern. Während im Hambacher Forst und anderswo um jeden Baum gekämpft wird, um das Klima zu retten, werden aufkommende Bäume in Heidegebieten vom Naturschutz frühzeitig vernichtet. Dabei ist keine Tier- oder Pflanzenart der Westruper Heide gefährdet.

Auch die Industrie schuf neue Biotope. So hat der Bergbau im Ruhrgebiet im 19. und 20. Jahrhundert 10 Mrd. Tonnen Steinkohle gefördert, die inzwischen als Kohlendioxid durch die Luft fliegen und die Klimakrise forcieren. 2 Kubik-Kilometer Abraum wurden an 100 Orten aufgehaldet und haben 3.000 Hektar Wälder, Äcker und Siedlungen unter sich begraben. Untertage sind 8 Kubik-Kilometer Hohlräume eingestürzt: Häuser und Straßen, Wälder, Weiden und Äcker darüber sind abgesackt, das Ruhrgebiet hat sich um 3 bis 24 Meter gesenkt. 300 qkm Polderflächen müssen künstlich durch Pumpwerke entwässert werden, weil (Ab-)Wasser nicht mehr abfließen kann. Einige Senkungströge, mit Regen und Grundwasser gefüllt, bilden Bergsenkungsseen, allein acht im Raum Dortmund. Jeder Bergsenkungssee ist ein Mahnmal für die Umweltzerstörung durch den Bergbau. Selbstverständlich gibt es unter den Tieren und Pflanzen dieser Erde viele, die mit den Bedingungen an Bergsenkungen gut zurecht kommen und sich hier ansiedeln. Doch das Prädikat Naturschutzgebiet verleugnet alle Zerstörungen: Greenwashing.



Ulrich Häpke, Raumplaner, seit fast 50 Jahren im Ruhrgebiet, versendet auf Anfrage gerne die Quellenangaben zu diesem Text: u.haepke@web.de

Peter Strege

Grablege

Ja, es hätte ... Es hätte das Große auch ein Großes werden können. Der Umbau, die Kanalisation der weichen schwarzen Erde. Die Rückführung der überbauten und vernutzten Ländereien in eine – ja was? – was für eine Natur?

So geschah es, dass aus dem Wiederherstellungsversuch ein Großraum-Land-Art-Projekt wurde, das nirgendwo sonst, denn im Ruhrgebiet, ins Erleben hätte gebracht werden können. Die Region versuchte sich an sich selbst.

Das offen stinkende Kanalnetz wurde unter die Erde verbracht. Die einst zum Wegtransport der Fäkalien und Ähnlichem dienlichen Gewässer sollten, konnten befreit werden. D.h., sie wurden ins Dunkel verrohrter Systematik verbannt.

Kanalbau als Denkmals-tat. Das Erstaunliche ist nicht zu sehen, die naturgetarnt neue Zugänglichkeit wuchs sich von selbst zu. Verabscheuungswürdige Standorte wurden plötzlich kapitalschwer und zukunftssicher.

Dabei galt hundert Jahre die stinkende Gegebenheit des stacheldrahtbewehrten Flusses als völlig normal, als natürlich. Meideland als naturgegebener Menschenhinterlassenschaftsentsorger – oben- und offenliegend.

Im Genossenschaftsladen gab's einen, der sich traute, dem Jahrhundertbauwerksthema das Etikett eines ästhetischen Kulturobjekts anzuhängen und die im Revier mit diesbezüglichen Fragen Beschäftigten auf „Inspektionsreisen“ zu schicken. „Mal aus anderer Sicht die Dinge des täglichen, des allzu alltäglichen Hinterlassenschaftsbedarfs zu betrachten!“ Mutig, mutig!

Einfach das, was an unbegriffener Natur in den Kulturschaffenden so schwelte, aus der Reserve zu locken.

Das, was so über die schwerindustrialisierte Zeit als natürlich, als selbstverständlich galt, das wurde nun umgebaut und die fäkalisierte Suppe kam wieder unter die Erde; das, was

am Emscherfließen noch nicht ganz versaut war, sollte wieder Bächlein, Bach und Flüsschen werden.

Nun ist es gelungen. Neben dem mittlerweile meist zugewachsenen Gewässer, das natürlich plätschernd, von Lebewesen wieder bewohnt, nebenan in Grün und Dunkel von



Revisionsschachtdeckeln begleitet, hie und da ein Klärwerk an seiner Seite weiß; – ein neuentstandener Dschungel mit Kanalisation. Natur als Kunstwerk. Als dem Denkmal seiner selbst, von dem die, die es heran wachsen ließen auch nicht so genau wussten, wie es sich „machen“ würde. Wer vom entstehenden Park oder parkähnlicher Auenlandschaft geträumt

hatte, sah sich getäuscht, denn für solches Erscheinungsbild hätte es viel „manpower“ und mutige begleitende Eingriffe ins Naturgehabe bedurft. Statt dessen Kunst als Möblierung der aus der Schutzzone gewonnenen Wegeberandung des meist (nur) in Hörweite sich befindenden Baches.

Es war ein großes Leuchten – damals – der von EU-Unterstützung vorgegebene Lauftrieb des „Fließgewässers“, dieser Eingriff in die organisierte, die quasi schon als natürlich gelolten habende, die bestandene Unordnung der Dinge hat sich gelohnt. Mag das Bauwerk auch seine Macken haben, die durch die Veränderung im Machtwerk der Emschergenossenschaft veränderte Auffassung von Kultur versus Natur hat es nicht geschafft, den Zauber des ersten Ansatzes ganz zu tilgen.

Ich schaue mit Vergnügen zu, wie sich der Fluss aus dem Staube (der Geschichte) macht und in seine grüne Hülle verzieht. Ja, es scheint, mit dem, was Natur sein bedeuten könne, haben manche ihre Probleme.

Peter Strege arbeitet und lebt seit 40 Jahren im Ruhrgebiet, im Norden der Stadt Dortmund.



Ernst-W. Belter

Rieselfelder und B 474n – eine unendliche Geschichte

Die Rieselfelder Dortmund sind eine ehemalige Heide-landschaft nördlich von Datteln und Waltrop mit einer Fläche von ca. 1.000 ha (Datteln 2/3, Waltrop 1/3), die nördlich an das geschützte Fauna-Flora-Habitatrichtlinie-Gebiet Lippeauen angrenzt. Seit Ende des 19. Jahrhunderts bis 1978 wurden sie für die Abwässer der Stadt Dortmund als Rieselfläche genutzt. Heute befindet sich dort eines der größten Gemüseanbaugelände Deutschlands.

I. Jahreskosten der Bewirtschaftung.

Jahreskosten der Bewirtschaftung	Berlin 1905	Breslau 1905	Braun- schweig 1905	Magdeburg 1905	Dortmund 1903	Freiburg i.B. 1897
	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.
Im ganzen	2270000	164860	92900	49000	135700	41400
Für 1 ha der Gesamfläche . . .	144	153	195	43,7	172	138
Für 1 ha der Riefelfläche . . .	301	173	239	90	266	171
Für 1 Einwohner	1,09	0,35	0,71	0,20	0,85	0,75
Für 1 cbm Abwaffer	0,022	0,0068	0,016	0,0046	0,015	0,0073

Wegen der geplanten Nordwanderung des Bergbaus gab es bereits in den 60er Jahren Planungen für eine Bundesstraße mitten durch das Areal. Das Thema hatte sich dann bald von selbst erledigt.

Die enorm gestiegenen Ölpreise aufgrund der Ölpreiskrise 1974 brachten die VEW auf die Idee, die Prozesswärme ihres im Bau befindlichen Thorium-Hochtemperaturreaktors THTR zu nutzen, um die zu teuer gewordene heimische Kohle, die keine Abnehmer mehr fand, in Kraftstoffe umzuwandeln. Im Landesentwicklungsplan VI wurden die Rieselfelder 1977 als Industriestandort ausgewiesen, 1978 verkaufte die Stadt Dortmund die Fläche an die VEW. Die ursprünglichen Planungen der VEW sahen den Bau von 4 Kohlekraftwerken und 2 Atomkraftwerken vor, dazu noch Raffinerien und Schwerindustrie. Eine derartige Monsterindustrie war eine unglaubliche Provokation in einer Zeit, in der Umweltschutz und Atomenergie im ganzen Land ein Riesenthema waren. Schnell entfaltete sich eine breite Widerstandsbewegung. Ob es dieser Bewegung zu verdanken war oder den Überkapazitäten im Energiemarkt oder doch besserer Einsicht geschuldet, wird nicht festzustellen sein. Jedenfalls zogen die VEW Anfang der 80er Jahre ihre größtenwahnwitzigen Pläne zurück.

1990 wurde die Planung der B 474n als vierspurige Umgehungsstraße für Waltrop bis nach Olfen erneut angegangen. Auch dagegen gab es heftigen Widerstand, der erfolgreich war. Obwohl die Arbeiten schon weit fortgeschritten waren, entschied das OVG Münster im Januar 1994 das Aus für die Straße. Als stumme Zeugen prangen heute noch zwei Widerlager für die fast fertige Brücke in der Landschaft.

Bereits 1996 wurde mit Anbindung an die A 45 und mit geänderter Trassenführung näher an der Waltroper Wohnbebauung erneut geplant. Der Widerstand – angefangen von den betroffenen Landwirten bis hinein in die CDU – war heftig. Doch diesmal half das alles nichts. Nach jahrelangem Hin und Her und einer leicht modifizierten Trasse unterzeichneten die betroffenen Bürgermeister, der Landrat und der Landesverkehrsminister im Sommer 2005 eine „Gemeinsame Erklärung zum Bau der B 474n“, die bis heute noch aktuell ist.

Das konnte die Diskussionen aber nicht stoppen. Es gab 400 Einwendungen und einige Klagen gegen das Vorhaben.

Die Rieselfelder kamen seit 1997 wieder ins Gespräch mit dem „newPark“, der von der IHK NW vorangetrieben wurde. Mit dem „newPark“ sollte potentiellen Investoren eine voll entwickelte Industriefläche mit Fabrikgebäuden und sogar Personal angeboten werden. Im ersten Entwurf war sogar von einer Art Sonderwirtschaftszone die Rede mit weitreichenden Steuerbefreiungen und Gewerkschaftsfreiheit, was aber bald wieder zurückgezogen wurde.

Es ist davon auszugehen, dass RWE im Hintergrund die Strippen zog. 1999 übernahm das RWE die VEW und damit auch 503 ha des Rieselfelds. Es ist anzunehmen, dass RWE mit der Idee des „newPark“ die für sie nahezu wertlose Fläche versilbern wollte. Nach längerem Gefeielsche um Landesbürgerschaften und den Kaufpreis erwarb der Kreis Recklinghausen im April 2015 den RWE-Anteil für 23,75 Millionen Euro.

Der Bevölkerung wurden 9.000 Arbeitsplätze versprochen, aber die Empörung über die zu erwartende Flächenversiegelung und Umweltschäden war groß. 2001 wurde die Bürgerinitiative „Pro Waltrop“ gegen den „newPark“ und gegen die B 474n ins Leben gerufen.

Da schon seit Jahren bis heute Investoren weit und breit nicht in Sicht sind, wurden die Anforderungen immer weiter verwässert. War im ursprünglichen Plan sogar von 200 ha Minimalfläche für Großindustrie die Rede, so werden jetzt schon Flächen für unter 3 ha für Dienstleistungen angeboten. Falls der Park überhaupt jemals realisiert werden sollte, ist zu erwarten, dass es eher ein riesiges Gewerbegebiet wird als eine Industriefläche.

Das Planfeststellungsverfahren für den 8 km langen Waltroper Abschnitt der B 474n wurde im September 2016 eingeleitet. Der Dattelner Teilabschnitt wurde im März 2017 vom OVG Münster genehmigt und befindet sich im Bau. Über den Waltroper Abschnitt gibt es bis heute keine endgültige Entscheidung.

„pro Waltrop“ fordert, dass die Planung der B 474n nach mehr als 40 Jahren eingestellt werden soll. Millionenkosten für eine Umwelt zerstörende Straßenplanung sind nicht mehr zeitgemäß. Außerdem würde die den Bürgern Waltrops versprochene verkehrliche Entlastung mit der prognostizierten Reduzierung des Verkehrsaufkommens um 10–20% kaum zu merken sein.

Letzten Endes ging es aber sowieso nie um Bürgerinteressen, sondern um einen Zubringer zum Industrieareal.

Ernst-W. Belter, 75 Jahre, hat sich bereits in den 70er Jahren gegen die Industrialisierung der Rieselfelder engagiert, lange bevor er nach Waltrop verzogen ist. || Die Initiative, die B 474n und „newPark“ sehr gut aufgearbeitet hat: pro-waltrop.de

Ulrich Grober

Einfach losgehen.

Betrachtungen zu Rolf Behlerts Naturfotografie

Ich hatte das Glück, Rolf Behlert zu begegnen, als ich gerade „der Wälder wundersame Runde“ für mich neu entdeckte, auf oft stundenlangen Gängen bei Wind und Wetter in den Naturräumen rund um Sythen.

Einmal sah ich mitten im Buchendom des Linnert, dem Waldgebiet zwischen Haltern und Dülmen, eine Gestalt, die sich gerade über einen mächtigen Baumleichenam beugte. Es war eine umgestürzte Buche mit einem riesigen erdbehafteten Wurzelteller. Was er dort untersuchte, fragte ich ihn. Mich beeindruckte sofort sein profundes Wissen, das in dem zufälligen Gespräch am Wegesrand aufblitzte. Sein ganzheitliches Verständnis von den Prozessen in der Natur. Und – vor allem – sein liebevoller Blick auf scheinbar kleinste Phänomene. Das war meine erste Begegnung mit Rolf Behlert.



30 Jahre später: Unser Leben hat sich radikal beschleunigt. Jeden Morgen leuchtet das Smartphone auf, vibriert, piepst, alarmiert, reißt den Nutzer aus dem Schlaf, zeigt ihm die digitale Uhrzeit. Es verbindet ihn mit seiner „community“, vernetzt ihn mit der Welt da draußen. So beginnt der Tag. Mit Mouseklicks oder Daumenbewegungen navigieren wir durch die virtuellen Räume des Internet. Dort weht kein Lüftchen. Kein Duftfeld, kein lebendiger Klang, keine Bodenhaftung nirgendwo. Die audiovisuellen Medien machen tendenziell alle Räume besehbare. Begehbare Räume dagegen verschwinden aus unserem Leben. Die Kombination von rasender Beschleunigung und fataler Bewegungsarmut tut uns nicht gut. Die Überdosis von künstlichen Welten bringt uns aus der Balance. Auf lange Sicht ist das nicht lebbar. Diese ungeheure Dynamik der Moderne wirkt zerstörerisch. Auf die Natur. Auch auf unsere menschliche Natur.

Aber: hinter den menschengemachten, technisch erzeugten Phänomenen wirkt nach wie vor machtvoll eine andere Raum-Zeit-Ordnung. Eine, die nicht von der linearen Zeit der Uhr und vom Takt der Ampelanlagen oder Fließbänder beherrscht ist. Es ist die zyklische Zeit von Natur und Kosmos, die von der Sonne, Mond und Sternen, also von den Bahnen der Gestirne vorgegeben ist. Es ist der Raum, der sich, von der Sonne beleuchtet, immer wieder neu und immer wieder anders allen unseren Sinnen öffnet. Jeder Gang in die Natur ist ein wunderbares, ein unersetzliches Medium, um in diese fundamentale, naturgegebene Raum-Zeit-Ordnung einzutauchen und sich an den Urphänomenen neu auszurichten.

Meine Erfahrung: Zu Fuß gehen ist das perfekte Kontrastprogramm zur herrschenden Beschleunigung und Virtualisierung unserer Lebenswelt. Eine Wanderung ist die natürlichste Form der Entschleunigung. Ich nehme für eine gewisse Zeit das Tempo aus meinem Alltag. Ich reduziere es auf das

menschliche Maß, den Fuß, den Schritt, die vier bis fünf Kilometer pro Stunde. Also das Maß, das dem Menschen von seiner Anatomie vorgegeben ist, seit er in den Anfängen seiner Evolution den aufrechten Gang entdeckte.

Was passiert beim Gehen? Indem ich mich aus eigener Körperkraft bewege, statt in Fahrzeugen transportiert zu werden, gewinnen meine Eindrücke ein neues Maß an Sinnlichkeit und Realität. Aus der Sturzflut der Bilder wird ein langsamer Strom von Eindrücken. Sie wirken auf alle Sinne. Es regnet. Ich werde nass. Der Boden unter meinen Füßen federt – oder er ist steinig. Aber er trägt mich. Ich lerne wieder, mich im Raum selbständig zu orientieren. Und das heißt: Sich in der Fremdheit zurechtzufinden. Ich lege, indem ich wandere, einen Vorrat an verarbeitungsfähigen Erfahrungen an. Und das ist eminent wichtig, um in der digitalisierten Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts zu bestehen. Besonders wichtig übrigens für Kinder und junge Menschen. Es geht beim Wandern nicht zuletzt um die Ökologie der Sinne.

Draußen zu Hause. Der abgedroschene Werbeslogan der Outdoor-Industrie hat es in sich. Ich verstehe ihn als eine Aufforderung, Zeiten in seinen Alltag zu integrieren, in denen eine besonders achtsame Wahrnehmung der Nahräume mit allen Sinnen möglich ist, eine Zeit gesteigerter ‚Naturverbundenheit‘. Auch das ist ein schlichtes Wort von großer aktueller Bedeutung. In unserer von Erderhitzung und massenhaftem Artensterben bedrohten Gegenwart wird Naturverbundenheit zweifellos schwieriger einzuüben, aber umso wichtiger. Als ein Weg, unter allen Umständen die Fülle des Lebens zu genießen. Und als Voraussetzung, um die Zukunft von der Integrität der Öko-Systeme her zu denken. Du schützt nur, was du kennst und was du wertschätzt.

Die Bilder und Texte von Rolf Behlert laden uns zum Schauen und Lesen ein. Sie beglaubigen, dass gleich vor unserer Haustür eine „andere Welt“ immer noch existiert. Dass deren natürliche Kreisläufe immer noch höchst vital sind. Dass sie „resilient“ ist, also die ungebrochene Kraft hat, sich auch nach Störungen und Zerstörungen immer wieder zu regenerieren. Dass diese Welt noch immer Schönheit und Pracht ausstrahlt und uns daran teilhaben lässt. In einer Zeit, in der das Naturschöne wieder zu einer Quelle des Glücks werden sollte, zu einem „Lebens-Mittel“, das wir dringender brauchen als Algorithmen und Smartphones. „Ehrfurcht vor dem Leben“ – mit dieser Formel aus vier Wörtern hat Albert Schweitzer seine Ethik zusammengefasst. Ist das nicht die geheime Botschaft von Rolf Behlerts Buch?

(Auszüge aus einem Beitrag in dem Bild-Text-Band „Faszination Natur. Streifzüge durch das südliche Münsterland“ des Halterner Naturschützers Rolf Behlert, erschienen 2020 im Damwerth-Verlag, Münster.)

Ulrich Grober ist Publizist, Buchautor – und Wanderer. Sein Buch „Vom Wandern – neue Wege zu einer alten Kunst“ ist als rororo-Taschenbuch 62685 greifbar. Er lebt in Marl, in einer Seweso-III-Zone. Zurzeit erkundet er, wann immer möglich, mit seinem Enkeltöchterchen die Nahräume: Westrufer Heide, Linnert und Haard.

Norbert Pfänder

Der Konsumwarenknast

Als der **AMOS** vor drei Jahren unter dem Titel „Das Monster“ über das neu eröffnete Großlogistik-Center im Norden von Marl berichtete, sind schwere Bedenken gegen dieses Vorhaben laut geworden. Bekanntlich sind vier Logistik-Center in NRW geschlossen worden, um dieses Monster zu schaffen, das dem angeschlagenen Konzern Metro-Real wieder auf die Beine helfen sollte, sprich noch mehr Waren zu verkaufen, bei gleichzeitigem Personalabbau durch Schließung der „kleinen“ Center.



Auf der homepage des Metro-Konzerns wird damit geworben, dass in Marl der größte Logistikpark Europas entstanden ist. 235.000 m² Fläche wurden hier versiegelt. Die Größe entspricht ca. 35 Fußballfeldern. Da zukünftig Starkregenfälle zunehmen werden, wie es Fachleute aufgrund der Erderwärmung voraussagen, ist dies eine ökologisch sehr bedenkliche Maßnahme, die wahrscheinlich durch den Bau von Regenrückhaltebecken durch die Stadt kompensiert werden muss.

„Tausend Arbeitsplätze werden hier geschaffen“, verkündete Marls Bürgermeister Werner Arndt übertrieben. Eine genaue Auskunft, wie viele es genau sind, ist bis heute nicht zu erhalten gewesen. Schätzungen von Arbeitsmarktexperten gehen von 300–400 aus. Bei der zunehmenden Automatisierung der Branche ist diese Zahl eher glaubwürdig. Bekanntlich werden in der Logistik-Branche keine hochwertigen Arbeitsplätze geschaffen und die meisten befinden sich im Niedriglohnsektor.

Der erhoffte Effekt, durch neue Arbeitsplätze die Arbeitslosigkeit zu senken und das Durchschnittseinkommen der Bürger der Stadt zu erhöhen, ist nicht eingetreten. Eher das Gegenteil. Das Durchschnittseinkommen der Menschen in Marl ist im NRW-Ranking um weitere 30 Plätze gesunken und die Stadt steht auf Platz 365 von 396 Kommunen.

Wie ist das kontinuierliche Abrutschen des Durchschnittseinkommens zu erklären? Ein Hauptgrund ist sicherlich die verfehlte Wirtschaftsförderungspolitik mit der vermehrten Ansiedlung von Logistik-Centern (insgesamt vier) und den damit verbundenen Arbeitsplätzen im prekären Bereich.

Für die Stadt und ihre Bürger bedeutet es mehr Lärm und Feinstaubbelastung, wenn mehrere hundert 40 t-Diesell-KW durch das Stadtgebiet rollen.

Erschreckend auch der optische Eindruck des Logistik-Centers, der eher einem Knast oder einer militärischen Anlage ähnelt als einem Warenlager. Sogenannter NATO-Stacheldraht umspannt das Gelände auf mehreren hundert Metern. (s. Foto)

Logistik-Center fördern weder die Wirtschaftsleistung noch die Kaufkraft und die Gewerbesteuereinnahmen einer Stadt. Mit diesen Argumenten lehnen die meisten Kommunen in NRW den Bau von solchen Centern ab.

Auch ist das Betriebsmodell in Zeiten des Klimawandels nicht zukunftsfähig. Schon vor vielen Jahren ist gefordert worden, mehr Waren auf der Schiene zu transportieren.

Norbert Pfänder lebt seit 50 Jahren in Marl und ist begeisterter Radfahrer.

Lesetipp

Heiko Koch

Das Heusnerviertel – Porträt eines besetzten Stadtteils 1984–1986

220 S., ca. 300 Abb., (Selbstverlag) zu beziehen zum Preis von 20 Euro (+Porto) bei Buchhandlung Janssen in Bochum (Tel. 0234 / 13001)

Mitte/Ende der 80er Jahre wurde an vielen Orten zwischen autonomer und alternativer Szene einerseits und Verwaltung und Polizei andererseits massiv um „Besetzte Projekte“ gestritten. Das „Heusnerviertel“ in Bochum zählte mit der Kiefernstraße in Düsseldorf und der Hafensstraße in Hamburg zu den großen besetzten Projekten. – Mit seinem Buch legt Heiko Koch eine sozio-politische Analyse der Besetzerzeit in Bochum der 1980er Jahre vor. Fakten- und bilderreich geht er der Frage nach, wie viel an utopischem Gehalt der besetzte Stadtteil „Heusnerviertel“ aufzuweisen hatte. | dazu ein Podcast von „übertage“ mit Heiko Koch: <https://www.youtube.com/watch?v=qoMMqTLOWtg>

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von 20,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonentIn)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- Verrechnungsscheck über 20,- € liegt bei
- Überweisung über 20,- € ist erfolgt
 am _____ an **AMOS**, Marl,
 IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20
 BIC: WELADED1BOC

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

Rolf Euler

Autob(w)ahn geht vor

„Was sind das für Zeiten, wo ein Gespräch über Bäume fast ein Verbrechen ist, weil es ein Schweigen über so viele Untaten einschließt.“

Dieser Spruch von Bertolt Brecht ist vielleicht überholt: das Gespräch über Bäume kommt ohne Gespräch über „Untaten“ gar nicht mehr aus.

Zum Beispiel die Untaten, dass jahrzehntealte Autobahnausbaupläne durchgeführt werden, koste es was es wolle: A 43, A 52, A 45, um nur die hiesigen zu nennen. Und die Pläne sehen den Ausbau der A 43 noch von Marl bis Witten vor – jahrzehntelange Bauphasen, Sperrungen, Umleitungen, Brückenerneuerung, weil die LKW-Fahrten immens zugenommen haben, und der Schienenverkehr nicht ausgebaut wurde.

(Auch an den Schienen werden übrigens viele Bäume gefällt – siehe zum Beispiel an der S 9 in Marl und südlich von Marl.)

Zum Beispiel die „Untat“, dass eine riesige landwirtschaftlich genutzte Fläche, die Dortmunder Rieselfelder, als Gewerbe- oder Industriegebiet vernichtet werden sollen.

Wir erinnern gern an den kleinen Hund von Obelix – Idefix jault wegen jeden gefälltten Baumes –, eine frühe Ahnung der Autoren Gosciny und Uderzo von den Problemen der Ökologie.

Nun kommt die Meldung, dass doch geplant ist, die vorhandene Schienenstrecke von Recklinghausen direkt nach Bochum für den Personenverkehr zu öffnen. Ein vor zwei Jahren noch vehement abgelehntes Projekt. Das wird allerdings die Ausbaupläne für die A 43 nicht ausbremsen. Es scheint, dass der Klimawandel zwar stattfindet, aber bei der Autobahnplanung nicht vorkommt.

Der schlechte Zustand des Personennahverkehrs im Revier zeigte sich jüngst an der Pleite von Abellio. Vor einigen Jahren wurden die Strecken im Verkehrsverbund neu ausgeschrieben, Abellio und andere Eisenbahnunternehmen verdrängten die Deutsche Bahn – wahrscheinlich mit Dumpingpreisen. S-Bahn- und einige Nahverkehrsstrecken wurden vom „grünen“ Unternehmen Abellio übernommen. Bald kam noch hinzu, dass sogar der VRR-Ticketverkauf von Abellio übernommen wurde: an allen Bahnhöfen wurden zusätzlich zu den roten Bahnautomaten grüne Automaten aufgestellt, VVR-Tickets gab es nicht mehr an den Bahnschaltern. Abellio bekam sogar eine Prämie für jede Person dafür, dass die Dauerkartenkunden vom VRR auf Abellio wechseln mussten! Und nun die Pleite, und die vorher betriebenen Strecken und die Lokführer müssen nun von der Deutschen Bahn und anderen Unternehmen übernommen werden, zu natürlich höheren Preisen. Und überall, wo auf den Zügen und Automaten „abellio“ steht, muss es übermalt werden. Ein teures „Zwischenspiel“ unter privatwirtschaftlichen Bedingungen für den öffentlichen Verkehr im Revier...

Vor allem die Menschen, die auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind, oder die einfach mal ihr Auto nicht mehr (so oft) benutzen wollen, werden eher abgeschreckt von den Zuständen.

Die Untersuchung des RVR „Bericht zur Lage der Umwelt in der Metropole Ruhr 2021“ kommt denn auch zu der Beschreibung: „Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt werden in der Metropole Ruhr überdurchschnittlich viele Kilometer mit dem Auto zurückgelegt, insbesondere zu Lasten von Personenkilometern mit öffentlichen Verkehrsmitteln.“

Rolf Euler fährt denn doch lieber mit dem Fahrrad im Nahbereich. Geht nur nicht immer...

Lesetipp

Claus Marius Petersen

Halden, Landmarken & Panoramen. Ein Streifzug durchs Revier

Selbstverlag 2021: Petersen, Behrenstr. 5, 44623 Herne, info@cmpetersen.de

23 Halden und 13 Landmarken hat der Ruhri Claus Marius Petersen in den letzten 15 Jahren für sich entdeckt. Er hat alle Orte selber „abgeklappert“, hervorragend fotografiert, mit guten Texten beschrieben und zum eigenen Erkunden mit genauen Standorten dargestellt. Da weiß man, wo man ist und was man sieht. – Auch typisch: Petersens Eltern wanderten aus einer bäuerlichen Ecke in Norddeutschland ein und Sohn Claus Marius fing auch im Bergbau an und schuf dann Weiteres, u.a. diesen Bildband.

Hartmut Dreier



Impressum

Herausgeber:

AMOS e.V. c/o Rolf Euler
Cäcilienhöhe 32
45657 Recklinghausen
E-Mail: amos-ev@web.de

Redaktionsadresse:

AMOS c/o Hartmut Dreier
Schumannstr.6, 45772 Marl
Tel: 02365-42076
E-Mail: dreier.marl@freenet.de

Internet: <http://amos-zeitschrift.de>

E-Mail: redaktion@amos-zeitschrift.de

Konto: AMOS IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20 | BIC: WELADED1BOC

ISSN 1615 - 3278

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich

Herausgabe & Redaktion: Wolfgang Belitz, Unna | Benjamin Benz, Recklinghausen | Robert Bosshard, Oberhausen | Robina Cronauer, Herten | Hartmut Dreier, Marl | Rolf Euler, Recklinghausen | Friedrich Grotjahn, Bochum | Rolf Heinrich, Gelsenkirchen | Stefan Hochstadt, Essen | Hans Hubbertz, Recklinghausen | Ute Hüttmann, Marl | Jürgen Klute, Wanne-Eickel | Carl-D.A. Lewerenz, Bochum | Marion Lillig, Recklinghausen | Axel Lippeke, Bochum (v.i.S.d.P.) | Anna Musinszki, Dortmund | Niklas Rokahr, Hamm | Rebekka Scheler, Bochum | Hermann Schulz, Wuppertal | Peter Strege, Dortmund | Renate Wangelin, Bochum

Schwerpunktthema verantwortlich: Rolf Euler, Hartmut Dreier

Endredaktion/Layout: Axel Lippeke

AMOS Schriftzug: Jochen Stankowski

Titelbilder 1983–2019: Manfred Walz

Druck: Halterner Druckerei GmbH,
www.halterner-druckerei.de

Einzelpreis: 5,00 €

Papier: chlorfrei gebleichtes Papier **Abo-Preis:** 20,00 € jährlich inkl. Versand
AMOS kooperiert mit dem elektronischen Nachrichtendienst „iley.de“ (Leipzig).

Peter Schmidt

Den Jahnwald mit Stadion und Waldschule in Marl retten

– und dann ?

Im AMOS 4|2019 habe ich über die drohende Zerstörung der innerstädtischen Grünanlage Jahnwald in Marl-Hüls berichtet, für deren Erhalt unsere Bürgerinitiative seit fünf Jahren kämpft. Wir erleben es seither: fundiert zu recherchieren und jahrelang die enorme kämpferische Energie aufzubringen: Das ist schon etwas! – Was ist Stand der Dinge?

Der trockene Stoff des Baurechts:

Im Baurecht gibt es Vorgaben, die (rechtsstaatlich betrachtet) unbedingt eingehalten werden müssen. Das ist mühsam, hat aber auch Vorteile für die BI. Bebauungsplanung, Flächennutzungsplanung und Regionalplanung müssen zusammen passen. Wir als BI stellten 2018 fest, dass das Bauvorhaben (Bebauung des früheren Jahnstadions und des halben Jahnwaldes ringsherum samt Waldschule von 1907 durch die FAKT AG) nicht konform ist mit dem Regionalplan Ruhrgebiet, für den der RVR/das Ruhrparlament zuständig sind. Daraufhin war die Bauverwaltung in Marl erst mal ratlos. Es tobte der Investor (die FAKT AG Essen gehört Hubert Schulte-Kemper, Ehrenvorsitzender der CDU Marl). Uns als BI freute es.

Auf der Ebene Ruhrgebiet stand in dieser Zeit die Regionalplanung vor dem Aus. Denn der Zeitplan für einen neuen Gesamt-Regionalplan Ruhr war wegen der überwältigenden Flut von 5.000 Eingaben nicht einzuhalten. Der zuständige Dezernent beim RVR wurde durch das Ruhrparlament abgesetzt. Die großen Parteien und selbst seine politische Heimat B90/Die Grünen stimmten für seine Absetzung: ein Bauernopfer zugunsten vieler Investoren.

In Marl deckten wir als BI auf, dass die Verwaltung keine Ersatzflächen für die geplante Bebauung ausweist. Daraufhin zauberte die Verwaltung an anderer Stelle einen 7,1 ha großen Acker aus dem Hut – heimlich, ohne Ratsbeschluss. Gleichzeitig wirkte der Investor im Ruhrparlament und in der Bauverwaltung Marls darauf hin, dass die für seine Interessen maßgeschneiderte „15. Änderung des Regionalplanes“ beschlossen wird. Auf der Ebene Stadt geschah das eilig im Januar 2021. Im Juni 2021 stimmte auch das Ruhrparlament für diese Interessen. Ende 2021 wurde die „15. Änderung des Regionalplans“ im Amtsblatt bekanntgegeben.

Ein angedachtes Bürgerbegehren gegen diese Beschlusslage scheiterte wegen eines Formulierungsfehlers, der zustande kam aufgrund von Fehlinformation seitens der Rechtsverwaltung in Marl.

Noch stehen Jahnwald und Jahnstadion. Denn ein neuer Akteur ist auf dem Spielfeld:

im Land: Neues Baudenkmal in Marl?

Der Deutsche Werkbund NRW erachtet die kühn freihängende Tribüne im Jahnstadion als denkmalwürdig und stellte im Juni 2021 den Antrag auf Unterschutzstellung. Die Fachleute des LWL in Münster erkennen den Charme dieses Antra-

ges. Derzeit laufen Abstimmungen zwischen der Kommune als Untere Denkmalbehörde, dem zuständigen NRW-Landesministerium und dem LWL. Das Resultat ist noch offen.

in Marl: Die Offenlegung der geplanten Bebauung soll wiederholt werden

In einem offenen Brief an die Stadtverwaltung fordert die Bürgerinitiative die Wiederholung der Offenlegung zu dem Bauvorhaben. Erfreulicherweise sind die Menschen in den vergangenen Jahren sensibilisiert für Natur, Klima und „Heimat“-Geschichte. Ein alter Wald mit wichtigen klimatischen und sozialen Funktionen darf nicht aufgegeben werden für hochpreisigen Wohnraum. Leer geht hierbei die Bevölkerung aus; aber der Investor würde Profit machen. Er kauft das Gelände zu einem Schleuderpreis von durchschnittlich 52 Euro/qm, ringsherum kostet der Boden das Fünffache! Marl hat als eine der wenigen Ruhrgebietsstädte 2019 den Klimanotstand ausgerufen! Und seit Ende März/April 2021 gilt das höchstrichterliche Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Klimapolitik, das auch die Kommunen bindet! Die Verwaltung ist derzeit in Deckung und prüft.

Derweil nimmt der Rückhalt in der Bevölkerung weiter zu. Die beiden Petitionen mit zusammen mehr als 5.500 Unterschriften, u.a. von ehemaligen Fußballern des TSV Hüls, vom September 2021 zeigen das.

Sollte der Stadtrat 2022 den Satzungsbeschluss fassen, wird als weiterer Schritt ein Normenkontrollverfahren gegen die Stadt vorbereitet, mit gleichzeitigem Antrag auf sofortige Aussetzung von Baumfällungen und Baumaßnahmen.

Auch über Zivilen Ungehorsam wird weiter nachgedacht.

Was wollen wir künftig?

Nachnutzung und Alternativen für das ganze Areal

Der Jahnwald muss gerettet werden, ebenso das Jahnstadion, eingebettet im Jahnwald. Und auch die denkmalwerte „Waldschule“ (1907 erbaut im Jugendstil). Auf Anregung der Wählergemeinschaft Die Grünen Marl sammeln wir seit Februar 2022 Ideen für die Zukunft des 7,1 ha großen Areals mitten im Stadtteil Hüls: Der im geltenden Naturschutzplan zu schützende Jahnwald bleibt Wald und darin das Jahnstadion als Sportstätte u.a.. Die als Gebäude intakte, aber z.Zt. verfallene Waldschule könnte als Waldkindergarten genutzt werden bzw. für weitere Klassenräume der wachsenden Realschule nahebei, das ganze Areal für vielfältige Begegnungsaktivitäten und als „grüne Lunge“.

Unser Jahnstadion und Jahnwald – wird bleiben! Fortsetzung folgt.

Peter Schmidt, geb. 1955, Dipl.-Ing., mittlerweile im Ruhestand, – lebt immer noch gerne in Marl, aber verweilt auch gerne, – engagiert sich intensiv für den Erhalt bedrohter Bäume und ist seit 2018 Sprecher der Bürgerinitiative Jahnwald. Mehr auf www.rettet-den-jahnstadion-wald.de

Hartmut Dreier

„Natürliche Künstlichkeit“ auf dem Emscherkunstweg

Im Ruhrgebiet ist sowieso kein Stein auf dem andern; und nun gibt es auch noch Hybride! Am 26. November 2021 hat David Jablonowski seine Skulptur „Public Hybrid“ öffentlich vorgestellt. Es ist das 20. Kunstwerk auf dem „Emscherkunstweg“, gefördert von Urbane Künste Ruhr, Emschergenossenschaft und Regionalverband Ruhr. „Public Hybrid“ ist seitdem zu sehen in Dortmund-Schüren, der Wiege des Steinkohlebergbaus.

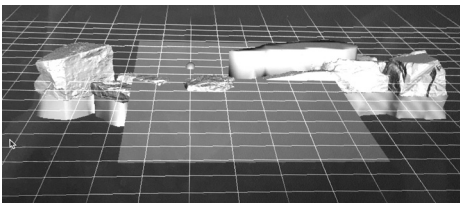
David Jablonowski: „So etwas zu erarbeiten und zu schaffen, ist in dieser Kombination weltweit selten oder einzigartig. 2 Jahre Planung und dann die Herstellung einige Wochen, aber ich wusste nicht, ob es auch wirklich passt und klappt. Es war hoch spannend.“



Foto: Judith Frey

Jetzt gibt es dort diese Skulptur, für Kinder zum Dranspielen oder zum Draufsitzen, auf diesem Fuß- und Radweg neben der „renaturierten Emscher“, deren Plätschern im neuen Bachbett hinter heranwachsenden Büschen angenehm zu hören ist.

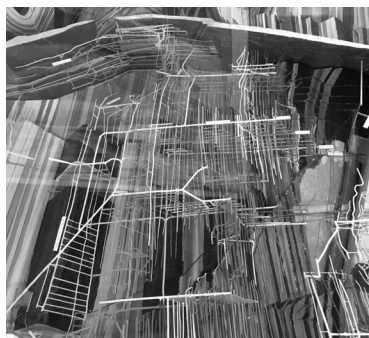
Die Gesamtskulptur besteht aus vierundzwanzig verstreuten, farbigen Brocken direkt auf dem leicht ansteigenden Gelände und dem Wander- und Radweg. Der Künstler hat sie einzeln gestaltet aus uraltem Sandstein, Ruhsandstein, den



man auch hier tief in der Erde vermuten kann; er hat solches Ur-Gestein nahtlos verbunden mit recy-

cletem Plastik, den er in Flocken geschreddert, geschmolzen und dann mit einem Computer-gesteuerten Roboter gestaltet hat. Beide Stücke (Sandstein plus Plastik) passen jeweils exakt und bruchfest zusammen, dank auch digitaler räumlicher Form-Analysen der Granitbrocken und 3D-Scan-Druck.

David Jablonowski untersucht gerne „die skulpturalen Qualitäten“ der digitalen Informationswelt. Er nutzt Materialien (wie hier Steine und Kunststoff) auch aus der Arbeitswelt und reflektiert die Produktionsbedingungen und Produktionsverhältnisse: „Der



Schächte-Stollen-Flöze (Bergbaumuseum)

Emscherumbau ist für mich ein Gesamtkunstwerk – hierzu noch etwas als Künstler hinzuzufügen war meine größte Herausforderung. Das Kunstwerk unterstreicht das natürliche und künstliche unserer Region – und hiermit die Auswirkungen des ständigen Dranges, sich die Welt untertan zu machen.“

Er selber assoziiert dabei mit seiner Vorstellungskraft, er steckt voller Geschichten und Überlieferungen aus der Kul-



turgeschichte der Menschheit und Religionen. In Bochum 1982 geboren und im Ruhrgebiet aufgewachsen lebt er als freier Künstler seit 19 Jahren in Amsterdam.

Die Herstellung der Gesamtskulptur „vor Ort“ war dramatisch, Der Sandstein ist einige Kilometer westlich in Sprockhövel in einem Steinbruch zu haben, aber nach dem Jahrhundertregen Mitte Juli 2021 war auch dieser Steinbruch vollgelaufen. Es war lange unsicher, ob die Steine dort überhaupt zugänglich wären. Und auch auf dem Markt für recyceltes Plastik gab es plötzlich Lieferengpässe.



Die Eröffnung am 26.11. nachmittags hatte etwas Merkwürdiges: selbstverständlich die Corona-Regeln; ein schneekes, neues, weißes Partyzelt auf einem matschigen Bauhof an einer Böschung neben

einer dicht befahrenen Hauptstraße; hier wirkte die neue Emscher schon gar nicht mehr so idyllisch wie 200 Schritte entfernt „im Freien“. Nach Gesprächen bei Fingerfood und so üblichen Reden gingen wir im Dunkeln noch einmal zu Davids angestrahnten Skulpturen, entlang kleinen LED-Wegmarkierungen. Angesichts der zu grellen, blendenden Flutlicht-Strahler ertasteten wir tapsend den Weg und stürzten fast in die „plätschernde“ Emscher.



Hartmut Dreier, lebt seit 1969 im Ruhrgebiet – in Bochum von 1969 bis 1977, in Marl seit 1977 und ist mit AMOS unterwegs.

Helmut Niemeier

Zentraldeponie Emscherbruch (ZDE) – giftiger Stachel in unserem Fleisch

Die Emscherzone zählt seit Jahrzehnten zu den unattraktivsten und problematischsten Regionen in Deutschland. Für Landschaftszerstörung und Umweltbelastungen, einst Folge der Kohleförderung und -verarbeitung, sorgt heute die Abfalllagerung und -bearbeitung. Von nah und fern wird Müll hierher gebracht, allein zur ZDE in Gelsenkirchen/Herne täglich 500 LKW-Ladungen. Gerade erst wurde ein weiteres Mal gegen den verzweifelten Widerstand der Anwohner*innen die Genehmigung zum Betreiben und Ausbau verlängert. Dabei wirkten Verwaltung und Politik wie ein Block, an dem sich die BI-Sprecher*innen trotz gewichtiger Argumente und Anträge vergeblich abarbeiteten. Das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Politik und in die Sorgfalt und Unabhängigkeit verwaltungsmäßigen Handelns ist nachhaltig beeinträchtigt.

Kurze Geschichte der ZDE

Die ZDE ist eine der größten Gefahrstoffabfallhalden Europas. Sie wurde nach der großen Zechenschließungswelle in den 1960er Jahren auf dem Areal der Zeche Graf Bismarck VII/VIII gegründet. In Gelsenkirchen und Herne bestanden deshalb von Anfang an größere Siedlungen in direkter Nachbarschaft. Die Deponie liegt zugleich inmitten eines der letzten Landschafts- und Naturschutzgebiete („Emscherbruch“), das als besonders schützenswert eingestuft ist. 1969 wurden Laufzeit (ca. 35 Jahre) und Gesamtabfallmenge amtlich festgelegt. 1989 erfolgte eine Bestätigung (Restlaufzeit 14 Jahre) samt Konkretisierung der Nachnutzung (Umbau zum Park). Doch 2003/04 begannen Schließung und Rekultivierung nicht. 2008 wurde vielmehr unter Umgehung der mittlerweile strengeren Umweltverträglichkeitsprüfung die Laufzeit entfristet verlängert, die Gesamtabfallmenge jedoch bestätigt. 2021, also nach Überschreitung der Laufzeit um 50%, hieß es, „öffentliches Interesse“ wegen „dringend benötigter Kapazitäten“ mache „vorbereitende Maßnahmen“ (u.a. Fällung der letzten 3,4 ha Wald), Weiterbetrieb und Ausbau notwendig. Gegenteilige Voten der Stadträte blieben ebenso wirkungslos wie schwerwiegende Einwände der BI: unzureichende Grundwasserschutz-Abdichtung aus den ZDE-Anfängen, Befangenheit wichtiger Gutachter, Krebserkrankungen der Anlieger*innen. Auch der hochkompetente Sprecher der BI, der Bergingenieur Jäkel, verstarb 2021 an Krebs. Die Kette skandalöser ZDE-Vorfälle, z.B. 2020 Leugnung der Depositionierung von Ölrückständen aus Köln (dort von der Bezirksregierung verboten) und Deklaration (nach intransparenter „Behandlung“) als Abfall von hier (!), wurde ignoriert.

Ein Blick auf die Verantwortlichen

Das Geflecht ist nicht leicht zu durchschauen. Das ermöglicht mannigfache (offene oder verdeckte) Einflussnahme und auch einen mit dem „Ausdruck des Bedauerns“ versehenen Rückzug auf „Nichteingriffsmöglichkeit“. Die AGR als Betreiberin der ZDE und Antragstellerin ist eine 100%ige Tochter des öffentlich-rechtlichen Regionalverbandes Ruhr, den die Kreise/Städte bilden. Er ist zuständig für die Abfall-

entsorgung und seit 2009 auch für Deponieplanung. Folglich können sich weder RVR noch Gelsenkirchen/Herne darauf berufen, an Vertrauensbruch und Fehlplanung unbeteiligt zu sein. Über die Verbandsversammlung des RVR oder den Aufsichtsrat, der die AGR kontrolliert, gab es Einwirkungsmöglichkeiten, zumal seit den Wahlen 2020 im RVR und beiden Städten Große Koalitionen bestehen. Die Bezirksregierung Münster ist Aufsichts-, Prüf- und Genehmigungsbehörde der ZDE und betrieb bis 2009 auch die Deponieplanungen, will aber auch nicht für das Versagen verantwortlich sein. Klar: Niemand will überhaupt in seinem Umkreis eine Deponie haben, schon gar nicht für Giftmüll. Wer einmal den Schwarzen Peter hat, wird ihn deshalb nicht mehr los! Die Windradabstandsregel legt in NRW 1 km (bis Mitte 2021 sogar 1,5 km) von Kleinstsiedlungen fest, die hochgefährliche ZDE darf jedoch in einem Ballungsraum bis an den Gartenzaun einer Großsiedlung reichen und immer höher aufgetürmt werden. Es ist wahrlich – frei nach Shakespeare – was faul im Staate Deutschland. Einige Anwohner*innen gehen nun gerichtlich gegen die neue Betriebsgenehmigung vor. Werden sich die Städte und Parteien zumindest an den Kosten beteiligen?

Das sich manifestierende Dilemma

Es werden immer größere (oft zudem gefährliche) Abfallmengen produziert, doch niemand möchte sie in der eigenen Umgebung deponiert oder auch nur verbrannt sehen. Das Bewusstsein über die Folgen und erst recht die Mittel, sich zu wehren, um nicht massiv von diesen Folgen betroffen zu werden bzw. zu bleiben, sind freilich sehr ungleich verteilt. Die ZDE darf bereits zum zweiten Mal, obwohl längst Giftmüllkoloss, auf unbestimmte Zeit weiterbetrieben werden. Doch nur, wenn sich keine Region der Abfall-„Entsorgung“ im eigenen Raum entziehen darf, wird Abfallvermeidung/-wiederverwertung unabweisbare Konsequenz, wird sich notwendigerweise im Verhalten etwas ändern! Die Belange der AGR über die der Anwohner*innen zu stellen, stärkt nur den Zynismus der AGR, dass die ZDE Lösung und nicht Problem sei. Wen wundert's, dass die Regierungspräsidentin die ZDE jüngst in einem Vortrag über die Entwicklung der Emscherzone nicht mal erwähnt.

Quintessenz

Abfallwirtschaft ist weltweit ein einträgliches Geschäft und kaum zu durchschauendes Interessens- und Beziehungsgestrüpp. In der dicht besiedelten Emscherzone in unmittelbarer Nähe größerer Wohnquartiere eine zentrale Deponie für Gefahrstoffabfälle zu gründen, war von vornherein skandalös. Wen überrascht es da, dass die gesamte Emscherregion längst zur Sammelstelle für alle Abfallarten geworden ist, selbst aus fernen Staaten. Logische Folge: In Gelsenkirchen ist eine neue riesige Kunststoffrecyclingfabrik auf einer Fläche von 58 ha (z.T. Landschaftsschutzgebiet) in Planung!

Helmut Niemeier, Dipl.-Päd., Rektor a.D., wohnt im ZDE-Stadtbezirk.

Wilhelm Neurohr

Von Glücksgefühlen und Fehlentwicklungen im grünen Ruhrgebiet

Grün macht die Revierbewohner glücklich. Das erfahren wir anschaulich in dem 2020 erschienenen Buch von Thomas Dörmann: „Grüne Glücksorte im Ruhrgebiet – geh raus und blüh auf.“ Denn grüne Glücksorte finden sich im Ruhrgebiet an jeder Ecke. Je nach Standort und Jahreszeit liegen die grünen Orte oft direkt „umme Ecke“ und laden zum Schauen, Fühlen, Riechen ein, um die Seele baumeln zu lassen. Ob es der ausgedehnte Buer'sche Grüngürtel im zu Unrecht verrufenen Gelsenkirchen ist, der Hertener oder Gladbecker Schlosspark, der Botanische Garten in Bochum, die Duisburger Sechs-Seenplatte, die Kirchheller Heide, der Dortmunder Revierpark Wischlingen, das Ruhrtal oder die Lippezone, der endlose Haard-Wald oder die begrüneten Halden mit Natur aus zweiter Hand, und, und und. Unsere Besucher aus Süddeutschland oder Frankreich sind immer erstaunt über „das viele Grün“ im Ruhrrevier, das wir ihnen stolz präsentieren.



Die grüne Lebensqualität im Revier beschrieben auch schon vor 42 Jahren die raumkundigen Herausgeber und Autoren des lesenswerten Buches: „Grünes Ruhrgebiet“ von Albert Lau (Hrsg.) und Autor Karl-Heinz Nadolny, erschienen im Gründungsjahr der grünen Partei 1980, mit einem Vorwort von Johannes Rau, damals 20 Jahre lang als Ministerpräsident von NRW darum bemüht, die Lebensbedingungen der Ruhrgebietsbewohner und ihre natürlichen Lebensgrundlagen zu verbessern: Freie Landschaft, sauberes Wasser, unverbauter Boden, saubere Luft und intakte Wälder auch im industriellen Ballungsraum für fünf Millionen Menschen. Grün hatte Konjunktur: Denn auch die Psychologen und Mediziner halten das Grün als Naturelement in seiner Wirkung auf den Menschen für „entspannend und erholend für Körper und Seele, es wirkt nervenberuhigend, stärkt das Immunsystem, hilft bei der Regenerierung, steigert die Kreativität und stärkt sogar die Bronchien, die Muskel- und Gewebezellen und reguliert den Blutdruck“.

Die über 100 Jahre alte Idee der regionalen Grünzüge im Revier

Die Begrünung des 4.400 qkm großen Ballungsraumes Ruhrgebiet als „Stadt der großen Dörfer“ und die Rückgewinnung von verloren gegangenem Grün sollte nach zwei Jahrhunderten der Industrialisierung, in denen die grüne Natur im Revier bedenkenlos und gedankenlos zerstört wurde, mehr sein als nur ein Deckmäntelchen mit Greenwashing. Das war auch das ernste Anliegen von Robert Schmidt, Bauingenieur und Stadtplaner aus Bad Münstereifel, der bereits im Jahr 1912 nach dem Vorbild der Berliner Vororte einen „General-siedlungsplan“ für das Ruhrgebiet entwarf. Ziel war es, eine

Zersiedlung des Ruhrgebietes zu verhindern, damit unverzichtbare Grün- und Freiflächen erhalten werden können. Dafür gab der 1920 gegründete Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (SVR) als Zusammenschluss aller Städte, Kreise und Gemeinden des Ruhrgebietes unter dem ersten Verbandsdirektor Robert Schmid vor 100 Jahren offiziell grünes Licht. Davon zeugen noch heute mehrere regionale Grünzüge auch als Klimaschneisen im Nord-Süd-Verlauf zwischen den Städten des Ballungsraumes, die allerdings im Laufe der Jahrzehnte durch weitere kommunale Siedlungsansprüche arg geschrumpft sind.

Zugleich musste im Laufe der Jahre viel Geld aufgewendet werden, um das Revier grüner und schöner zu machen. Allein die in diesem Jahr fertiggestellte Emscher-Renaturierung hat insgesamt 4,5 Mrd. € gekostet. Der Emscher-Landschaftspark im Rahmen der Internationalen Bauausstellung hat Millionen verschlungen. Die größten zusammenhängenden Waldgebiete im Ruhrgebiet wie die Haard sowie Erholungsbereiche wie den Hertener Schlosspark hat der Kommunalverband Ruhrgebiet aufgekauft und betreut sie forstwirtschaftlich; die Halden hat er begrünt. Fünf kostspielig hergerichtete Revierparks von 30–45 ha Fläche aus den 1970er Jahren werden derzeit ökologisch aufgewertet und revitalisiert durch den Ruhsiedlungsverband, der 1979 von SVR (Siedlungsverband Ruhrgebiet) in KVR (Kommunalverband Ruhrgebiet) umgetauft wurde und seit 2004 als RVR (Regionalverband Ruhr) firmiert mit einem eigenen Regionalparlament. Im Jahr 2009 bekam der RVR die staatliche Regionalplanung für das gesamte Ruhrgebiet übertragen, die bis dahin in der Zuständigkeit der drei Regierungsbezirke Arnsberg, Düsseldorf und Münster aufgeteilt war. Sie alle hatten unterschiedliche Ansätze und Prioritäten der Siedlungs- und Landschaftsplanung in den Teilgebieten des Reviers. Zeitweilig hatte der Regionalverband auch die gesetzliche Landschaftsplanung für einige Städte und Kreise übernommen, dies allerdings mit mäßigem Fortschritt.

Der stetige „Flächenfraß“ erhöht den Landschaftsverbrauch

Aktuell umschreibt nun der Begriff „Flächenfraß“ das zunehmende Problem des wieder stetig zunehmenden Freiflächenverbrauchs nicht zuletzt im Ballungsraum Ruhrgebiet. Denn in den Klimakonferenzen wurde deutlich: Ohne nachhaltigen Flächenschutz gelingt kein Klima- und Artenschutz, erst recht nicht im dicht besiedelten Revier, in dem auch noch Flächen für die geplanten Wohnungsbauprogramme der Ampelregierung gesucht werden, um die akute Wohnungsnot zu lindern. Und die Wirtschaftsförderer rufen unentwegt nach „mehr Gewerbeflächen“ für erhoffte Betriebsansiedlungen. Dafür opfern sie bedenkenlos große Freiflächen in der Hoffnung auf großflächige Industrieansiedlungen, wie z.B. 156 ha Fläche für den „New Park“ in den Rieselfeldern Datteln. (Die ursprüngliche Industrieflächenplanung des Landesentwick-

lungsplanes umfasste sogar 1.700 ha.) Die Gewerbeplanung und der ausufernde Eigenheimbau an den grünen Stadträndern sowie neue Verkehrsachsen erhöhen den Siedlungsdruck und Landschaftsverbrauch in den Revierkommunen, von denen nur wenige sich dem „ökologischen Stadtbau“ gewidmet haben – getreu dem Motto: „Ruhrgebiet ist nun mal kein Kurgebiet – so sehr man auch die grünen Ecken hervorheben mag.“

Im dichten Siedlungsbrei des Ruhrgebietes gibt es besonders starken Nutzungsdruck auf das nicht vermehrbare Gut Fläche. So sind die einstigen regionalen Grünzüge des SVR z. B. in Recklinghausen (Ost und Stuckenbusch/Hochlar) bis auf Restflächen inzwischen zersiedelt worden. In Gelsenkirchen wurde im Naherholungsgebiet Resser Schweiz ein ausgedehntes Villenviertel vollständig in den Grünzug hinein gebaut usw. Im Naherholungsgebiet Haltern am See für jährlich drei Millionen erholungsuchende Revierbewohner wächst eine großzügige Eigenheimsiedlung nach der anderen in die freie Landschaft an den Stadträndern. Das alte Denken vor der grünen Ära feiert fröhliche Urständ und trotz Klimakatastrophe und Artensterben klaffen Anspruch und Wirklichkeit beim Grün- und Freiflächenschutz im Revier weit auseinander, trotz aller wohlklingenden planerischen und ökologischen Zielsetzungen auf dem Papier. Von Grün zu Greenwashing ist es auch im Revier nicht mehr weit, das eigentlich positives Vorbild für andere Ballungsräume sein wollte. Die übergeordnete Landesplanung des FDP-Wirtschaftsministers setzt noch eins drauf und betreibt Flächenplanung nach den Interessen der Bauwirtschaft und Maklerlobby und verstößt gegen die rechtlichen Vorgaben des Bundesraumordnungsgesetzes, so dass der BUND gegen den Landesentwicklungsplan von 2019 klagt. Ob die Richter das Greenwashing beenden?

Wilhelm Neurohr, s.S. 8

Robert Gernhardt

Das vierzehnte Jahr

...
 Zurück zur Natur?
 Bitte sehr, bitte gleich.
 Die Natur, na klar,
 schön, die Natur.
 Stirbt? Ach nein.
 In die Jahre gekommen.
 Eine immer noch schöne
 Frau, die Natur.
 Nur eben, na ja,
 etwas indisponiert.

...
 Geht sie drauf, die Natur? Oder muß sie sich
 umstell'n?
 Wahrscheinlich falsch, sie im Freien zu lassen.
 In Büros und in Banken, da wuchert und grünt es
 dermaßen prächtig – da kommt kein Wald mit.

aus: Robert Gernhardt, Das vierzehnte Jahr, Montaisier Elegie, in: Gedichte 1954–1994 (Verlag 2001)

Marion Lillig

neue Ampel – altes Elend Nur heiße Luft oder doch noch Hoffnung?

„Keine Ankerzentren mit der Ampel“, das seit 2018 praktizierte Konzept werde nicht weitergeführt, so versprach es der Koalitionsvertrag. Bis heute gibt es dazu keine Bewegung. Flüchtlinge werden in NRW weiterhin bis zu 24 Monate in sog. Zentralen Unterbringungseinrichtungen festgehalten, länger als in allen anderen Bundesländern. In den meisten Sammellagern findet die Unterbringung in 6- bis 8-Bettzimmern statt. Die Coronabestimmungen, umgesetzt von den jeweils zuständigen Bezirksregierungen, sahen eine höchstens 65-prozentige Auslastung der Häuser vor. Eine aktuelle Umfrage des Flüchtlingsrates NRW ergab jedoch, dass diese Quote aufgrund erhöhter Asylantragszahlen nicht mehr umzusetzen ist, die Belegung einiger Einrichtungen sogar an die Maximalkapazitäten heranreicht. Das ist ein unhaltbarer Zustand in Zeiten einer Pandemie, die mit Omikron eine weitere Zuspitzung erreicht hat. Bewohner und Bewohnerinnen einer ZUE sind nicht Gefangene, sie dürfen sich frei in den Städten bewegen, sie haben nur die gesetzliche Verpflichtung, in einer solchen Einrichtung zu wohnen. Viele von ihnen ha-



ben große Ängste, ihr Zimmer mit fremden Menschen teilen zu müssen, keinen Abstand halten zu können und sich durch vielfache Kontakte auch mit Einrichtungspersonal (Kantine, Security, Reinigung, Sozialbetreuer) zu infizieren. Impfangebote werden zwar zahlreich wahrgenommen, aber eine Möglichkeit der Kontaktreduzierung oder des Abstandes sind bei einer solchen Belegungsdichte nicht möglich. Dürfen wir uns solche Orte leisten? Blauäugig wurden in 2020/21 zusätzlich angemietete Unterbringungsmöglichkeiten wieder geschlossen in der Annahme, die Covidgefahr sei vorbei.

Was nun? Nachdem Seehofers damalige Versprechungen, durch Sammellager schnellere Asylverfahren durchführen zu können und den Kommunen nur noch anerkannte Flüchtlinge zuzuweisen, krachend gescheitert sind, kann die Ampel nur die schnelle Umkehr zum kommunalen Modell beschließen. Viele Kommunen haben sich längst dazu bereit erklärt, denn sie sind es, die irgendwann den Scherbenhaufen aufkehren müssen, den auch die weiteren Missstände der Lagerunterbringung erzeugen: nicht-beschulte Kinder, keine deutschen Sprachkenntnisse, null Integration. Im Mai finden die Landtagswahlen statt. Die politischen Akteure sollten die Gelegenheit zur Umkehr ergreifen.

Marion Lillig, Migrationssoziologin und kritische Beobachterin des Asylstufenplans, streitet weiter für die Abkehr von der inhumanen Unterbringungs-politik von Flüchtlingen in Deutschland.

Jürgen Klute

Verkehrswende – Beispiele aus Europa

Die Klimaerwärmung wurde seit Jahrzehnten ignoriert. Nun ist sie an einen Punkt gekommen, dass Schlimmeres nur mehr durch schnelles Handeln verhindert werden kann. Was zu tun ist, ist seit langem bekannt. Aber Wissen und Handeln sind zwei unterschiedliche Dinge, ganz besonders in der Bundesrepublik. Hier wird sehr viel Aufwand betrieben, um Handeln zu verhindern oder zu verzögern.

Das ist nicht überall so. In den west- und nordeuropäischen Nachbarländern gibt es etliche Beispiele, wie man der Klimaerwärmung etwas entgegensetzen kann. Sicher ist das noch lange nicht ausreichend. Aber es sind Schritte in eine richtige Richtung, angesichts derer sich die deutsche Gesellschaft einmal mehr als reichlich rückständig erweist.

So hat die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo schon vor Jahren mit dem Umbau der Pariser Innenstadt begonnen. Es gibt – wie in rund 200 weiteren französischen Städten – eine flächendeckende Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h. Der Umstieg auf Elektro-Fahrzeuge und Fahrräder wird mit Prämien gefördert. Der Ausbau von Ladestationen ist weit vorangeschritten. Die rechte Seine-Ufer-Straße ist FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen vorbehalten.

Die Stadt Lyon hat vor über 10 Jahren begonnen, das reichlich zubetonierte Geschäftsviertel Part de Dieu klimagerecht umzubauen. 2030 soll der Umbau abgeschlossen sein. Um den Stadtteil wieder lebendiger zu machen, werden ca. 2.000 neue Wohnungen gebaut. Ein Teil davon sind Sozialwohnungen. Grundwasser, das aus einer Tiefgarage abgepumpt werden muss, wird zukünftig oberirdisch zur Rhone geleitet, um das Klima im Stadtteil zu kühlen. Dem Ziel dient auch die Anpflanzung von mehreren Hundert Schatten spendenden Bäumen. Schließlich wird der ÖPNV ausgebaut.

Madrid bewegt sich in eine ähnliche Richtung. Die von der früheren linken Stadtregierung begonnene Verkehrswende wurde von der konservativen Nachfolgeregierung zwar teils ausgebremst, völlig zurückschrauben kann sie sie aber nicht mehr. Darüber hinaus gilt in Spanien in Städten grundsätzlich eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h.

Die Region Brüssel hat die Zeit der Corona-Pandemie genutzt, eine Verkehrswende einzuleiten. Grundsätzlich gilt auch in Brüssel eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h. Schon länger ist Brüssel für den Durchgangsverkehr von Lastwagen gesperrt. Ab 2025 werden schrittweise Verbrennungsmotoren aus der Stadt verbannt: zunächst ab 2025 Mopeds, dann ab 2028 Motorräder und ab 2035 sind überhaupt keine Verbrennungsmotoren mehr zugelassen. Das entsprechende Gesetz wurde 2020 erlassen.

Da Autos nicht nur Abgase produzieren, sondern auch Platz beanspruchen, hat die Region Brüssel beschlossen, in den nächsten Jahren 6.000 Parkplätze abzubauen. Schon heute findet man vereinzelt an Straßenrändern statt Autos

Blumenbeete und Sitzecken, die den Platz der Autos für sich reklamieren. Außerdem gibt es ein gutes und recht dichtes Car-Sharing-Netz in Brüssel, so dass man bei Bedarf auf ein Auto zugreifen kann.

Gleichzeitig baut die Region Brüssel den ÖPNV aus. Allein in 2020 hat sie eine Milliarde Euro in den Ausbau des ÖPNV investiert.

Aber nicht nur der ÖPNV wird gefördert, sondern auch das Radfahren. Fast alle Straßen sind mit Fahrradspuren versehen. Auf den großen Verkehrsadern sind die separaten Spuren für Busse und Taxis seit 2021 auch für Radverkehr freigegeben. Sämtliche Einbahnstraßen dürfen vom Radverkehr in beiden Richtungen benutzt werden. Für Autos gesperrte Straßen sind durchgehend für den Radverkehr freigegeben. An den Straßen sind flächendeckend zusätzlich zu den Beschilderungen für den Autoverkehr Beschilderungen für den Radverkehr angebracht. In vielen Straßen gibt es spezielle kleine verschließbare Fahrradgaragen. Um die Sicherheit der Radfahrenden zu erhöhen, wurde neben der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h der Radverkehr gleichgestellt mit dem Autoverkehr. Die Gleichstellung von Autos und Rädern sowie die Geschwindigkeitsbegrenzung sorgen für weniger Unfälle und ein höheres Sicherheitsgefühl im Verkehr. Über Lastenräder werden keine Trashdebatten geführt, ihre Anschaffung wird mit bis zu 4.000 Euro bezuschusst. Und man sieht sie mittlerweile häufig auf Brüssels Straßen.

Darüber hinaus fördert die Region systematisch die Entwicklung einer sozialen Ökonomie, eine regionale Lebensmittelproduktion (auch in Gärten und auf Balkonen – bis Ende des Jahrzehnts sollen rund 30% der in Brüssel benötigten Lebensmittel lokal produziert werden), Abfallvermeidung (z.B. Zero-Waste-Lokale oder Geschäfte) sowie ein relativ dichtes Nachbarschafts-Kompost-Netzwerk, das zugleich zur Entwicklung und Stärkung sozialer Netzwerke in den Stadtteilen beiträgt.

Ähnliche Beispiele gibt es auch in Nordeuropa, etwa in Oslo.

Entscheidend für den Einstieg in einen klimaverträglichen Umbau einer Gesellschaft ist in allen hier genannten Fällen, dass vor allem die kommunale Politik förderliche Rahmenbedingungen schafft, die den EinwohnerInnen Klimaschutz im Alltag ermöglicht und leicht macht. Und was noch dazu gehört ist, dass Politik und Medien sich nicht auf lautstarke Minderheitendebatten Ewiggestriger auf Facebook einlassen, sondern diese Debatten dort lassen, wo sie stattfinden: in ihren Nischen und Echokammern.

Martin Stankowski

Menschenort 51

Zeichensteller Jochen Stankowski

Sein Name stand lange nicht im Impressum, aber er war immer sichtbar auf dem Titel, mit dem Schriftzug, quasi dem Markenzeichen —AMOS, seit 1968. Jochen Stankowski hat den entworfen und das war kein Zufall, denn im selben Jahr hat er mit einer Gruppe Linkskatholiken den Essener Katholikentag aufgemischt mit einer neuen Zeitung „kritischer Katholizismus“ und die entstand in Bochum in den Räumen der ESG, in der Hartmut Dreier kurz darauf als Studentenpfarrer einzog und da lag es nah, den Grafiker auch um einen Titelentwurf für den neuen AMOS zu bitten. Wie gesagt, er hält bis heute und das ist nicht der einzige Entwurf für die kritischen Christen. Kirchentagszeitungen oder Synodenflugblätter, Protestplakate in Stuttgart, Köln oder Dresden – die Hauptorte seiner Arbeit, aber auch zahllose Medien für Bürgerinitiativen, Umwelt- und Frauengruppen, für neue Kinderläden und alte Gewerkschafter.

Das meiste davon, mit einem Text über sein „Protest-Design“ findet man in dem umfangreichen Band „Zeichen. Angewandte Ästhetik“, Verlag der Buchhandlung Walther König, Köln 2008.

Gelernt hat Jochen Stankowski als Schriftsetzer im Sauerland, mehr noch in Stuttgart, in einer Grafischschule in London, dann als Lehrling später als Kompagnon im Atelier seines Onkels Anton Stankowski. Dieser gilt als einer der Pioniere der Markenästhetik des 20. Jahrhunderts, zahlreiche Firmensymbole aus seiner Hand prägen bis heute das öffentliche Bild – am bekanntesten das Zeichen der Deutschen Bank. Aber genau das war die Scheidelinie für Jochen, denn diese Kunden sind Teil einer Marktwirtschaft, die er auf der anderen Seite mit eben seinen künstlerischen und grafischen Mitteln bekämpfte.

Er stieg aus und gründete 1972 – ich war dabei – in Köln eine kollektive Druckerei, in der jetzt die Trennung von politischer und beruflicher Praxis aufgehoben war. Wir gründeten, verlegten, schrieben, gestalteten und druckten das „Kölner Volksblatt“, Muster für weitere Volksblätter der Bürgerinitiativen in anderen Städten, von denen wir u.a. das „RuhrVolksblatt“ um Roland Günter druckten. Im „DruckBetrieb“ entstanden die Medien der sozialen Opposition, Flugblätter und Plakate, Schüler- und Betriebszeitungen, Broschüren, Flyer, Kleber, Bücher und alles, was im Offsetdruck hergestellt werden konnte, und übrigens eine Zeit lang auch der AMOS.



Jochen Stankowski an der Rotaprint R20

Vieles davon findet man in „AnSchläge. Plakate aus 5 Jahrzehnten“ von Jochen und Martin Stankowski, Verlag der Buchhandlung Franz und Walther König, Köln 2021.

1998 zog er nach Dresden, zu seinem Freund Peter Grohmann, auch einer der alten protestierenden Protestanten und heute der Anführer der Stuttgarter Bürgerbewegung „Die AnStifter“. In Dresden beschäftigte er sich intensiver mit künstlerischer Arbeit. Ihn beschäftigen die konkreten Formen immer mit dem Anspruch „Ich wollte schon immer sehen, was ich denke“.

Das ist Motto seines Hauptwerkes „Visuelle Memoiren“ im Verlag der Buchhandlung Walther König, Köln 2019.

Intensiv setzt er sich hier mit 42 Themen auseinander, die in ihrer Kombination seine visuellen Memoiren darstellen. Das sind Abstraktionen wie die Landschaft oder der Pfeil, das sind Übertragungen von Gefühlen wie Träume oder Geister, von visuellen Ansichten in Empfindungen.

Immer geht es um die Antwort auf die Frage: Was ist darstellbar? Bilde ich die Themen ab oder entstehen Empfindungen dann, wenn wir eine konkrete Darstellung sehen? Welche abstrakten, nämlich gegenstandslosen Themen lassen sich ausdrücken, beschreiben, im oder als Bild darstellen?



**Von dir aus gesehen bin ich du,
Z Twojej perspektywy jestem Tobą.
From your perspective I am you.**

Nebenbei und das auch schon seit 50 Jahren ist er ja auch der Erfinder und Gestalter der Merve-Raute, des unverwechselbaren Layouts der Bücher des Merve-Verlages. Ein Wort von Vilém Flusser aufgreifend, versteht sich Jochen Stankowski als Zeichensteller, einer der Zeichen herstellt und damit an den Schriftsteller oder an den Schausteller erinnert, aber auch den Fallensteller assoziiert. Seine Bilder sind Angebote an die Sinne, sind Reduktion auf die Grundprinzipien des Gestaltens. Zugleich eröffnen sie alle Möglichkeiten der eigenen Empfindung, ja der Emotion – denn immer geht es um Konkretion. Und das ebenso formal wie sozial, ebenso ästhetisch wie politisch.

Au Loong-Yu

Eine Orwellsche Stadt, die bald einem Orwellschen Staat beitrifft

IWWWF

Am 21. Dezember 2021 veröffentlichte das Informationsbüro des chinesischen Staatsrats sein Weißbuch „Demokratischer Fortschritt im Rahmen von Ein Land, zwei Systeme“ und betonte, dass das, was Peking mit Hongkong gemacht hat, nichts anderes als die wahre Einhaltung ihres Versprechens bezüglich der Autonomie Hongkongs sei. Nur acht Tage nach der Veröffentlichung dieses Berichts ließ das Nationale Sicherheitsbüro der Hongkonger Polizei das Vermögen der *Stand News* einfrieren und verhaftete Geschäftsführungen. Das chinesischsprachige Online-Nachrichtenportal gab noch in derselben Nacht seine Schließung bekannt. Laut Umfragen in den Jahren 2016 und 2019 wurde *Stand News* von der Öffentlichkeit als die glaubwürdigste Nachrichtenquelle unter den Online-Medien angesehen. Der Chef der Hongkonger Polizei sah das jedoch anders. Bereits Anfang Dezember hatte er *Stand News* zu Unrecht beschuldigt, fake news zu verbreiten. Er würde bald das Management auf Basis des kolonialen Gesetzes Crime Ordinance wegen „Aufwiegelung“ anklagen.

Auswirkungen der Schließung von *Stand News* ließen nicht lange auf sich warten. Am 2. Januar dieses Jahres kündigte ein anderes bekanntes chinesischsprachiges Online-Medium, *Citizen News*, ebenfalls seine Schließung an, um eine mögliche Strafverfolgung zu vermeiden.

Pekings Frontalangriff auf die Pressefreiheit hatte bereits im August 2020 begonnen, als Jimmy Lai, der Chef der chinesischsprachigen *Apple Daily*, nach dem neu verabschiedeten Gesetz zur nationalen Sicherheit strafrechtlich angeklagt wurde. *Apple Daily* war im Juni letzten Jahres gezwungen zu schließen, nachdem die Behörde ihr Vermögen eingefroren hatte. Das Vorgehen Pekings gegen *Stand News* war jedoch keine einfache Wiederholung des Vorgehens gegen *Apple Daily*. Während letztere direkt in die Revolte von 2019 verwickelt war, war die erste viel gemäßiger.

Auch Auslandskorrespondenten erhalten seit langem einschüchternde Botschaften. Im November letzten Jahres verweigerte die Regierung in Hongkong einem Journalisten des britischen *Economist* das Visum. Hinzu kommt ein ähnlicher Vorfall im Jahr 2018, als einem Journalisten der *Financial Times* ebenfalls ein Visum verweigert wurde.

Pekings treue Dienerin Carrie Lam war sich ihrer extremen Unbeliebtheit bewusst und verschob unter dem Vorwand der Pandemie zunächst die Legislativratswahlen im September 2020 um ein Jahr, um Peking zu ermöglichen, das Wahlsystem in Hongkong für eine Wahl im März 2021 „verbessern“ zu können, so dass die „Patrioten“ dominieren. Die „Verbesserung“ bestand darin, die bisher direkt gewählten Sitze von 35 (die Hälfte im Legislativrat) auf 20 zu reduzieren, während der Legislativrat von 70 auf 90 Sitze vergrößert wurde. Davon werden nun 40 Abgeordnete von einem „Wahlausschuss“, der sich hauptsächlich aus „Patrioten“ zusammensetzt, „gewählt“, was Peking eine absolute Kontrolle über den Ausgang der Wahl garantiert und den Tod der Autonomie Hongkongs bedeutet.

Und am 23. Dezember wurde mitten in der Nacht die Statue „Säule der Schande“ in der Universität von Hongkong entfernt. Die Statue wurde vom dänischen Künstler Jens Galschiøt zum Gedenken an das Tiananmen-Massaker von 1989 geschaffen. Bald darauf wurden auch zwei weitere Denkmäler der Demokratiebewegung von 1989 entfernt. Diese Statuen hatten nicht das getan, was die Regierung den 153 Personen, die nach dem Gesetz zur nationalen Sicherheit verfolgt wurden, vorwirft – Sabotage, Subversion, Terrorismus, Kollaboration mit ausländischen Regierungen usw. Sie standen einfach da und starrten uns an. Doch Peking konnte nicht einmal stumme Statuen ertragen. Dies erinnert uns einmal mehr daran, dass sich das gegenwärtige Vorgehen nicht darauf beschränkt, die politische Opposition zum Schweigen zu bringen, sondern auch das künstlerische und kulturelle Erbe zu säubern. Mit dem Verschwinden der unabhängigen Medien kennt die große Säuberung jetzt keine Grenzen mehr.

Die Ereignisse erinnern uns auch daran – dass es bei den Verfolgungen seit 2020 weniger darum geht, gegen „geheime Absprachen mit ausländischen Kräften“ vorzugehen, sondern vielmehr um Pekings eigenen innenpolitischen Albtraum, nämlich die Angst vor den Erinnerungen der Menschen an das Massaker vom 4. Juni und die Furcht, dass sich die demokratischen Bewegungen zwischen Festlandchina und Hongkong die Hände reichen könnten, wie es 1989 der Fall war.

Vielleicht ist dies der beste Zeitpunkt, um George Orwells Roman ‚1984‘ zu lesen oder erneut zu lesen – er sieht zunehmend aus wie ein Drehbuch, das für ein Hongkong-Drama geschrieben wurde. Peking hat Hongkongs partielle Demokratie zerstört, könnte aber behaupten, es verbessere sein Wahlsystem. Nach der manipulierten Wahl, bei der nur 30,2 Prozent der Wähler zur Wahl gingen – und damit nur halb so viel wie bei der vorangegangenen –, verkündeten Pekings Medien einen großen Erfolg, indem sie wissentlich Fakten verdrehten. Wenn alle Fakten beweisen, dass Pekings Agenda darin besteht, die „Autonome Sonderregion Hongkong“ mit dem chinesischen Festland auf der gleichen Grundlage eines Orwellschen Staates zu vereinen, kann Peking behaupten, es würde die Autonomie der Stadt schützen. Wenn man wissen will, was in Hongkong als Nächstes kommt, sollte man George Orwell lesen.

Quelle: china-watch 09.01.2022 (<https://blogs.taz.de/china-watch>)

Au Loong-Yu ist Publizist, nun im Exil in London: Er lebte und arbeitete bis Januar 2021 in Hongkong, wo er 1956 geboren wurde, und setzt sich zeitlebens als Sozialist und kritischer Linker für die Rechte von Arbeitenden ein. Er veröffentlicht ständig in kritischen chinesischen Medien und in England/Europa, USA usw. 2011 schrieb er in AMOS Beiträge als Iwurf. Sein Buch „Revolte in Hongkong – Die Protestbewegung und die Zukunft Chinas“ (erschienen 2020 bei Bertz+Fischer, Berlin, herausgegeben vom Forum Arbeitswelten) ist ein wichtiger und aufschlussreicher Beitrag zum Verständnis der jüngsten Entwicklung in Hongkong. Mit Hilfe des Forum Arbeitswelten bei den Übersetzungen ins Deutsche hat Au einen eigenen deutschsprachigen Blog <https://blogs.taz.de/china-watch> auf der TAZ Webseite, wo er die Entwicklungen in Hongkong und China kommentiert. Mehr zu seiner Vita unter <https://blogs.taz.de/china-watch/bio/>.

Israel ist ein Apartheid-Staat.

Untersuchungsbericht von Amnesty International ist ein Wendepunkt.

Die weltweit größte Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat am 1. Februar einen umfangreichen Bericht veröffentlicht, in dem sie den Staat Israel beschuldigt, das Verbrechen der Apartheid zu begehen, was weithin als Wendepunkt in der Diskussion über Israel/Palästina gilt. Der Bericht, für den vier Jahre recherchiert wurde, ist 280 Seiten lang und beschreibt detailliert, wie die israelischen Behörden Apartheid ausüben. Er verbindet eine historische mit einer juristischen Analyse und endet mit klaren Schlussfolgerungen:

- Erstens fordert Amnesty International die israelische Regierung auf, den Palästinensern die gleichen Rechte wie den Juden zuzuerkennen und das Völkerrecht zu achten.
- Zweitens wird ein Waffenembargo gegen Israel gefordert, solange das Verbrechen der Apartheid fortbesteht.
- Drittens fordert der Bericht rechtliche Schritte gegen den Staat Israel, insbesondere vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH). Der IStGH hat eine Untersuchung gegen Israel wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingeleitet, nicht aber wegen Apartheid, obwohl sie im Römischen Statut des IStGH aufgeführt ist.
- Abschließend ruft Amnesty International alle Regierungen und Privatunternehmen dazu auf, sich ihrer eigenen Verantwortung bewusst zu werden und sich nicht an diesem Verbrechen zu beteiligen.

Der Bericht beschränkt sich nicht auf die Wiedergabe einer langen Liste von Beispielen, wie Palästinenser seit der Gründung des Staates Israel von den israelischen Behörden diskriminiert, benachteiligt, vertrieben und getötet wurden, denn Rassismus und Diskriminierung gibt es in vielen Ländern der Welt. Ein Staat ist dann ein Apartheidstaat, wenn diese Ungerechtigkeiten Teil einer vorsätzlichen Strategie sind, die auf die rassistische Vorherrschaft einer Gruppe über eine andere abzielt.

Daher konzentriert sich der Bericht vor allem auf die Politik der ethnischen Vertreibung seit der Gründung des Staates Israel und die Verweigerung des Rechts auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge, während alle Juden der Welt das Recht haben, automatisch israelische Staatsbürger zu werden. Der Bericht belegt die Schaffung getrennter Rechtssysteme für Palästinenser und Juden, die mit der Militärherrschaft über palästinensische Bürger Israels zwischen 1948 und 1966 begann und mit dem Nationalstaatsgesetz 2018 ihren Höhepunkt erreichte. Diese Fokussierung auf die Geschichte der Apartheid ist aus juristischen Gründen wichtig, um nachweisen zu können, dass die Apartheids-Maßnahmen vorsätzlich ergriffen wurden. Saleh Hijazi von Amnesty International erklärte, ein weiterer Grund für die Analyse der Ursachen der Apartheid bestehe darin, das Leiden der Palästinenser zu dokumentieren, die sie seit 74 Jahren zu ertragen haben.

Die Zerstörung von Häusern, die Konfiszierung von Eigentum in Ostjerusalem, ein getrenntes Ausweissystem, das Juden von Palästinensern trennt, die Ermordung von Zivi-

listen ohne Rechenschaftspflicht und die Administrativhaft gehören zu den in dem Bericht aufgeführten spezifischen Verbrechen, die nur dann als Apartheidverbrechen eingestuft werden, wenn sie zu einer systematischen Politik mit der Intention kombiniert werden, die Vorherrschaft einer Gruppe über eine andere zu errichten. Das wird belegt mit Zitaten von israelischen Politikern.

Die Reaktion der israelischen Regierung auf den Bericht wurde vom Haaretz-Journalisten Anshel Pfeffer als „hysterisch“ bezeichnet. Erstens ließ die israelische Regierung den mit einer Sperrfrist belegten Bericht durchsickern, um zu versuchen, ihn schon vor der Veröffentlichung zu delegitimieren mit der Konsequenz, dass von Organisationen, die die israelische Politik kritisieren, keine Stellungnahme der israelischen Regierung mehr erwartet werden kann. Die Regierung beschuldigte Amnesty International natürlich des Antisemitismus. Das gegen Amnesty International vorgebrachte Argument ist nicht, dass die Fakten falsch seien, sondern dass der Bericht die Existenz Israels selbst untergrabe, indem er behauptete, dass seit der Staatsgründung systematisch versucht wurde, palästinensisches Land zu konfiszieren, um eine jüdische Mehrheit statt der bisherigen palästinensischen Bevölkerungsmehrheit zu schaffen. In der Stellungnahme des israelischen Außenministeriums heißt es, der Bericht bestreite Israels Recht, überhaupt zu existieren.

In Deutschland löste der Bericht einen kleinen Skandal aus. Die deutsche Sektion von Amnesty International distanzierte sich zunächst und schrieb eine kurze Mitteilung, dass sie Veranstaltungen und Vorträge zur Verbreitung des Berichts in Deutschland wegen des Holocausts nicht unterstützen werde. Diese Feigheit bewahrte die Organisation dennoch nicht vor dem Vorwurf des Antisemitismus, und tatsächlich wurde der Text mit der Distanzierung kurz darauf gelöscht, da Amnesty Deutschland mit Protestschreiben bombardiert wurde. Und das deutsche Außenministerium? „Begriffe wie Apartheid ebenso wie eine einseitige Fokussierung der Kritik auf Israel lehnen wir ab.“

Dieser BIP-Text ist eine starke Kürzung aus BIP-Aktuell #205 durch uh/AMOS.

Lesetipp + HINWEIS

Nurit Peled-Elhanan

Palästina in israelischen Schulbüchern

Ideologie und Propaganda in der Erziehung

Otterstadt 2020, Verlag Stiftung Hirschler,

Dazu die sehr gute Rezension von **Ulrich Duchrow** im Deutschen Pfarren- und Pfarrerblatt 12-2021, S.793 f.

Hinweis auf eine Petition, die im Januar gestartet wurde:

<https://www.openpetition.de/petition/online/israel-palaestina-menschen-und-voelkerrecht-fuer-alle-die-bundesregierung-muss-endlich-etwas-tun/>

AMOS – erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet

ISSN 1615 – 3278

Postvertriebsstück: Gebühr bezahlt

Herausgeber: AMOS e. V., Marl

c/o Rolf Euler, Cäcilienhöhe 32, 45657 Recklinghausen

E-Mail: amos-ev@web.de

Internet: <http://www.amos-zeitschrift.de>

— K 12123 —



Neue Bücher im Peter Hammer Verlag



Ernst Kahl
Papa, ich will einen Hund!
Illustriert von Eva Muggenthaler
56 S., geb., € 16,-
ISBN 978-3-7795-0676-8

Lustige Hundekunde – mit
Daumenkino!



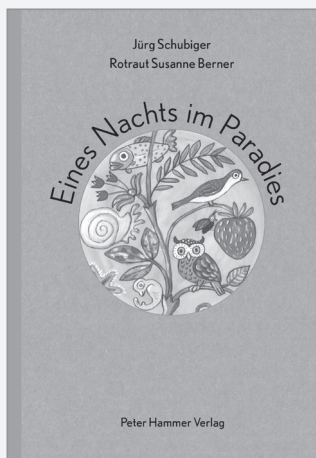
Gilles Bizouerne
Barnabas sucht das Ende der Welt
Illustriert von Béatrice Rodriguez
24 S., geb., € 14,-
ISBN 978-3-7795-0674-4

Sonniges Bilderbuch vom Spaß
am Reisen mit Freunden.



Will Gmehling
Das Elser-Eck
Die Bukowskis machen weiter
184 S., geb., € 15,-
ISBN 978-3-7795-0670-6

Eine Geschichte von Familie und
Zusammenhalt, Freundschaft und erster Liebe.



Jürg Schubiger
Eines Nachts im Paradies
Illustriert von Rotraut Susanne Berner
24 s., geb., € 18,-
ISBN 978-3-7795-0675-1

Beglückendes Bilderbuch vom
Werden der Welt und der Liebe.



Mehr Infos zum neuen Programm: www.peter-hammer-verlag.de